

# **Zwischen, Gleichheit und Gleichzeitigkeit – Konzept einer linearen Staatsbürgerschaft**

**Nils Jendri 2019**



## **Inhaltsverzeichnis:**

### **Vorwort**

#### **Teil 1**

1. Kontrollverlust —  
Meine Grenze versus deine Grenze S. 1
2. Die Krise —  
Europa und der Versuch, auf das Problem Migration zu reagieren S. 4
3. Offener Konflikt —  
Ursachenforschung oder das Problem nationaler Souveränität und Staatsbürgerschaft S. 8
4. Eskalation und Krieg—  
Wer ist der Souverän? S. 13
5. Erste Ideen für Vermittlungsgespräche —  
Ursprünge der Globalisierung S. 18
6. Deeskalation —  
Letzter Ausweg sind offene Grenzen! S. 20
7. Frieden —  
Aufbau und Neuanfang S. 24
8. Wandel anerkennen —  
Friedenserhaltende Maßnahmen S. 25
9. Die nächste Generation —  
Jeder ist Souverän! S. 28

#### **Teil 2**

- Ausblick S. 31
10. Konzept einer linearen Staatsbürgerschaft S. 32
  11. Das Unschärfeprinzip als Gesellschaftsmodell S. 38
  12. Literaturverzeichnis S. 46

Keywords: Geschichte des Nationalstaats, Souveränität, Staatsbürgerschaft, TransmigrantInnen, Transnationalismus, Gesellschaft in Bewegung, offene Grenzen, Bewegungsfreiheit, Regulierung von Bewegung, Freiheit, Demokratie, Verfolgungstechnik, Tracking, Bayes' Theorem, Wahrscheinlichkeitsrechnung, Bedingte Staatsbürgerschaft, Lineare Zeit, Lineare Staatsbürgerschaft, Zeitreisen, Quantenphysik, Quantenphilosophie, Quantentheorie, Heisenberg, Bodin, Physik

Keywords (engl.): history of the nation state, sovereignty, citizenship, transmigrants, transnationalism, society in move, open borders, freedom of movement, regulation of movement, democracy, tracking technology, Bayes' Theorem, probability calculation, conditional citizenship, linear time, linear citizenship, time travel, Quantum physics, quantum philosophy, quantum theory, Heisenberg, Bodin, physics

## *Vorwort:*

Ich bin kein Deutscher. Ich bin kein Franzose. Ich bin kein Spanier. Ich bin kein Europäer. Ich bin kein Amerikaner. Ich bin kein Afrikaner. Ich bin kein Asiate. Keiner weiß, wie ich aussehe und wie alt ich bin. Ich weiß nicht, wo ich geboren wurde, und ich weiß nicht, wo ich in Zukunft leben werde. Aber ich habe bei jedem Schritt, den ich gehe, festen Boden unter meinen Füßen und eine Gegenwart, die ich teile.

Innerhalb von 100 Jahren hat sich unsere Lebensweise um 180 Grad gedreht: von der Industrialisierung zur Digitalisierung. Feste Kategorien scheinen unwichtig zu werden, behindern und halten auf. Das 21. Jahrhundert zeichnet sich durch ein Leben in Bewegung und einen flexiblen Menschen aus. Mein Haus und meine Wohnung sind nur Transitzonen oder Haltestellen auf meinem Lebensweg. Geschichte wird heute im ständigen Übergang zum nächsten geschrieben.

Immer noch werden wir nach einem Ausweis, einem Pass und nach unserer Identität gefragt, wo wir geboren wurden und wohin wir gehen. Das sind Relikte einer alten Weltanschauung, die geprägt ist von Nationalstaaten, von Grenzen, von Symbolen und von bestimmten Staatsbürgerschaften. Hier definiert man sich immer noch über Einschluss oder Ausschluss, wer dazu gehört und wer nicht. Es werden Fahnen geschwungen und Nationalhymnen gesungen, gleichzeitig Grenzen geschlossen und Migranten in Lager gesteckt.

Wir denken, es sei wichtig, woher wir kämen und was wir getan haben. Dabei sollte es wichtiger sein, wo wir jetzt gerade sind und was wir jetzt gerade tun.



## **Teil 1**

### **1. Kontrollverlust –**

#### **Meine Grenze versus deine Grenze**

Als Kinder sind wir vor dem Fernseher gesessen und haben gesehen, wie die Berliner Mauer eingerissen wurde. Von einem Tag auf den anderen gab es dort keine Schießbefehle mehr, und die Wachtürme wurden verlassen. Ich selbst bin 20 Autominuten von der deutsch-französischen Grenze groß geworden. Auf einmal wollte kein Grenzbeamter mehr meinen Pass sehen. Die Grenzübergänge waren wie leer gefegt. In den vergangenen 15 Jahren habe ich in vier verschiedenen europäischen Ländern gelebt und gearbeitet. Nirgendwo hat sich je jemand für meinen Pass interessiert. Ich glaube sagen zu können, dass ich ein echtes Kind Europas bin.

Mit den Jahren wurde dieses Europabild aber getrübt. Ich nahm die Diskussion in den Medien über illegale Einwanderung und Migration in Ländern des Schengen Raums verstärkt wahr. Auf allen Kanälen nahmen die Debatten zu. Zuerst gab es vereinzelt kleine Vorbeben, dann explodierte 2015 die Thematik zur illegalen Einwanderung und Migration in der Politik und der Tagespresse. Ich habe mir mehr und mehr Gedanken darüber gemacht, welche Rollen nationalstaatliche Grenzen oder die Grenzen Europas spielen und dazu verstärkt, warum Menschen ihr Leben aufs Spiel setzen müssen, um diese zu überqueren.

In den letzten Jahrzehnten wurden die Grenzen innerhalb Europas zwar abgebaut, im Gegenzug aber die Außengrenzen Europas aufgerüstet. Für Migranten, die aus Krisengebieten stammen, wurde es immer schwieriger, europäischen Boden zu betreten. Heute stehen wir möglicherweise kurz davor, dass kein europäisches Land mehr Menschen in Not aufnehmen möchte. Während ich diese Zeilen schreibe, sitzen 629 Flüchtlinge auf einem Rettungsschiff fest und treiben zwischen Italien und Malta auf offener See. Keines der beiden Länder sieht sich in der Verantwortung, diesen Menschen

Schutz zu gewähren. Am Ende hatten diese Flüchtlinge noch Glück, aber wie wird es den nächsten ergehen?

Heute denke ich darüber nach, was mich als Mensch hier in Europa von den Menschen auf der anderen Seite des Mittelmeers unterscheidet. Es fällt mir schwer einzusehen, dass ich einfach nur Glück hatte, auf dieser Seite des Mittelmeers geboren zu werden. So habe ich eben ganz andere Grenzerfahrungen gemacht und ganz andere Bilder vor mir: Verlassene Grenzanlagen im Niemandsland, oder wie Menschen in ihren Trabis durch Löcher in der Mauer nach Westdeutschland fahren – hier gab es Blumen und Begrüßungsgeld für jeden. Diese Bilder stehen im krassen Gegensatz zu den Bildern der toten Flüchtlinge in einem Kühlaster im Wiener Umland oder zu Bildern von toten Kindern, angespült an den Stränden Europas.

Jeder wird zustimmen, dass diese Zustände an den Grenzen Europas inakzeptabel sind und jeder, der dann verlauten lässt, die Leute sollten doch daheim bleiben, hat nie Großeltern gehabt, die von den Qualen eines Krieges erzählten: Wie sie selbst kleine Kinder waren und vor Bomben in den Bunker flüchten mussten. Traumatische Erlebnisse meiner Großeltern die an mich sehr oft weitergegeben wurden und die ich immer als Mahnung verstanden habe: nie wieder Krieg, nie wieder Nationalstaat.

Ich habe in den letzten Jahren gelernt, dass Grenzerfahrungen so unterschiedlich und gleichzeitig so unmenschlich sein können. Und dauernd frage ich mich, warum unternimmt denn niemand etwas, diese Zustände endlich zu beseitigen und einen menschenwürdigen Plan für uns alle zu erarbeiten?

Bürgerkriege (in Syrien oder im ehemaligen Jugoslawien), Völkermord (Ruanda), Kriege um nationale Machtinteressen (Irak oder Ukraine) und Umweltkatastrophen nehmen auch in unmittelbarer Nachbarschaft der Europäischen Union zu. Ich denke, es ist unsere moralische Pflicht, den Menschen, die vor diesen Zuständen fliehen, Schutz und humanitäre Hilfe auch weiterhin zu gewähren. Manche sagen: „Wir schaffen das!“ Andere sagen, wir schaffen das nicht mehr. Heute werden die Grenzen geschlossen, und wir



verschließen uns in unserem nationalen Käfig vor der ursprünglichen Idee Europas. Wir greifen nach der nationalen Keule und begehen die gleichen Fehler wie unsere Vorfahren – ohne Rücksicht auf Verluste. Bewaffnete Grenzpolizisten sind jetzt schon überall stationiert. Es ist nur noch eine Frage der Zeit, bis die Polizisten wieder ihre Wachtürme beziehen und der Schießbefehl erteilt ist.

Es scheint, wir sind in einer Zeit angelangt, in der Menschenrechte keinen Wert mehr haben und nicht mehr für jeden gelten. Rechte, die auf Papier festgeschrieben sind, gibt es viele. Es gibt auch viele Institutionen, die sich auf ein solches Stück Papier beziehen. Trotz dieser zahlreichen Institutionen gibt es zu viele Menschen, die auf der Flucht vor Krieg, Vertreibung und Perspektivlosigkeit ihr Leben verlieren. Warum dann diese Ansammlung von Institutionen und Rechtskatalogen? Warum bleiben die Menschenrechte nach Jahrzehnten ihrer Verabschiedung nur eine „Allgemeine Erklärung“ und Auslegungssache ja nach politischer Position? Denn das diese „Nachkriegsmenschenrechte“ keine Aktualität mehr besitzen, sieht man daran, dass Menschen trotzdem immer noch auf der Flucht sterben. Ist es nicht die Aufgabe dieser ganzen Institutionen gewesen, Regelungen, Verbindlichkeiten, Abkommen und Gesetze zu erarbeiten, damit so etwas wie Krieg und Vertreibung in Zukunft nicht mehr vorkommt oder zumindest nicht weiter ausartet? Bei all dem, was in unserer Welt passiert, muss man fragen, ob diese unverbindlichen Konventionen überhaupt irgendwann einen Sinn gehabt haben.

Geht man weiter zurück, ist es der Kolonialismus der europäischen Staaten gewesen, der darin bestand, sich Zugang zu allen anderen Kulturen der Welt zu verschaffen, um sie auszubeuten und zu unterwerfen. Den Menschen, die heute in diesen Ländern wohnen, wird nun zwar dank dieser Menschenrechtskataloge ein Gastrecht angeboten, aber kein Recht, sich in einem anderen Staat der Erde festzusetzen und als Herrscher aufzutreten. In der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte, Artikel 13 und 14, wird deutlich, dass jeder das Recht hat „jedes Land, einschließlich seines eigenen zu verlassen und in sein Land zurückzukehren“. Weiter heißt es: „Jeder hat das

Recht, in anderen Ländern vor Verfolgung Asyl zu suchen und zu genießen.“<sup>1</sup> Jedoch besteht laut dieser Erklärung kein Recht auf dauerhaften Aufenthalt. Die Erklärung der Allgemeinen Menschenrechte enthält also das Recht, sein Land zu verlassen, aber geschlossene Grenzen verhindern offensichtlich, dieses Recht wahrzunehmen. Hinzu kommt die Allgemeinen Menschenrechte gelten vordergründig nur für Kriegsflüchtlinge, aber nicht für Wirtschaftsflüchtlinge. Den Wirtschaftsflüchtlingen wird jedenfalls keine Entschädigung für die irreparablen Schäden, die durch den Kolonialismus oder die beiden Weltkriege entstanden sind, gewährt. Hiermit möchte ich festhalten, dass die Allgemeine Erklärung der Menschenrechte keine angemessene Antwort auf Migrationsbewegungen der letzten Jahrzehnte ist.

## **2. Die Krise –**

### **Europa und der Versuch, auf das Problem Migration zu reagieren**

Mit diesen allgemeinen Erklärungen, Verträgen und Konventionen hat man versucht, zwischenstaatlichen Kriegen vorzubeugen und den Frieden zwischen den Staaten aufrecht zu erhalten. Wir haben ein paar wichtige Artikel verfasst, die, wie wir sehen, Auslegungssache sind. Den Flüchtlingen der Nachkriegszeit wurden ein paar Rechte zugestanden, die heute aber leider ihre Wirkung verfehlen. Niemand hat versucht, diesen Verfehlungen Herr zu werden, die Situation ist dadurch an anderer Stelle eskaliert. Es ist zu einem offenen Konflikt an den Grenzen Europas mit mehreren Toten gekommen.

Kritik an diesen Menschenrechtsabkommen gibt es einige: Sie sind Relikte der Nachkriegszeit und berücksichtigen nicht die Situation, in der sich die Nationalstaaten in einer globalen Welt befinden – geschweige die Fluchtbewegungen der heutigen Zeit. Momentan gibt es keine übergeordneten Institutionen, die so viel Macht hätten, die Staaten und ihre Politik zu disziplinieren. Wirtschaftliche oder nationale Interessen sind oft wichtiger, als sich an Menschenrechtskonventionen zu halten.

---

<sup>1</sup> Siehe hierzu die Allgemeine Erklärung der Menschenrechte, Artikel 13 und 14

Die Unterscheidung von Kriegsflüchtling und Wirtschaftsflüchtling als Migrationsmotiv geht auf die Differenzierung von Völkerrecht (Recht auf nationale Souveränität) und Migrationsrecht (Recht auf Bewegungsfreiheit) zurück. Heute wird diese Unterscheidung deutlicher denn je, und wenn man an ihr rüttelt, wissen die Bürger und staatlichen Institutionen nicht mehr, was sie machen sollen, und wie sie auf diese Zustände zu reagieren haben.

Dem Asylsuchenden wird gerade noch Schutz gewährt, bis die „Flüchtlingsobergrenze“ erreicht wird, der Wirtschaftsflüchtling hat minimale bis gar keine Chancen auf ein Bleiberecht, 1000 Euro bekommt er, wenn er freiwillig wieder geht. Außer er ist IT-Experte, dann ist er willkommen. Mit solchen Maßnahmen reagiert die Politik also auf globale Migrationsströme.

Fakt ist: Migration entsteht meist als Folge und Ursache sozialer Ungerechtigkeit. Sie steht in direktem Zusammenhang mit Eroberung, Krieg, Zerstörung und Ausbeutung der Umwelt, Enteignung von Grund und Boden oder direkten Ressourcen. Laut UNHCR waren zum Jahresende 2016 65,6 Millionen Menschen weltweit auf der Flucht<sup>2</sup>. Geht man von einer Zunahme der Fluchtursachen und somit von einer Zunahme an Migranten aus, dann sind Abschiebe- oder Rückführungsdeals und unverbindliche Erklärungen nur oberflächliche und kurzlebige Lösungen. Die Sicherung der EU-Außengrenze, Migrationspartnerschaften und die Bekämpfung von Schleusern geht an der Ursache der wahren Probleme vorbei. Wenn sich hier in Zukunft nichts ändert und wenn das alles ist, was die Politik heute zu bieten hat, wird es wahrscheinlich nicht bei einem offenen verbalen Schlagabtausch zwischen ein paar Politikern oder ein paar 1000 Toten an den Grenzen Europas bleiben.

Die Gesellschaft ist gespalten wie nie zuvor in der Frage, wie mit Migranten allgemein umgegangen werden soll. In den USA und in bestimmten Teilen Europas stehen sich Bürger fast schon wie im Kriegszustand gegenüber. Es gibt diejenigen, die für eine Politik der Abschottung stehen oder Migration in einem gerade noch erträglichen Maße befürworten, und es gibt diejenigen, die für eine neue Politik stehen und offene Grenzen befürworten. Der Ton in der

<sup>2</sup> Siehe: <https://www.unhcr.org/dach/de/15212-globaltrends2016.html>, gesehen am 17.07.2019

Gesellschaft radikalisiert sich. Es gibt fast jeden Tag neue Meldungen über Flüchtlinge, die im Mittelmeer ertrunken sind oder gerade noch gerettet wurden, Meldungen über fremdenfeindliche Übergriffe im *gesitteten* Deutschland und Abschiebungen von gut integrierten Familien. In dieser aufgeladenen Stimmung geht der Kern des Problems aber meist unter: Bevor übergeordnete und verbindliche Rechtsinstitutionen geschaffen werden können, um die Flucht und Migration zu regeln, stellen sich ihnen die Nationalstaaten und ihr Souveränitätsanspruch in den Weg. Humane Menschenrechtspolitik und nationale Interessen schließen sich offensichtlich aus.

Statt sich dieser Problematik anzunehmen, schotten wir uns nicht nur in Europa weiter ab, schüren Ängste und umgehen die Aufnahme von Migranten wo es nur geht.

Ich gehe davon aus, dass unsere Politik uns irgendwann einholen wird und dass dieses Jahrhundertthema Migration über die Zukunft in Europa und überall sonst in der Welt entscheiden wird, über unser Zusammenleben und wie wir unsere Welt an die nächsten Generationen weitergeben werden. Wir befinden uns nicht in einer Flüchtlingskrise, sondern in einer politische Krise, die leicht in einen offenen Konflikt umschlagen kann. Es müssen sich grundlegende Dinge in unseren Köpfen und in unserem politischen Verständnis ändern um diese, unsere Krise, die Krise der Souveränität entschärfen zu können.

Das beginnt damit, unsere eigene Geschichte anzuerkennen. Wir müssen in globalen Kategorien denken und das Prinzip der Menschheit anerkennen: Ein Teil dessen war es schon immer, dass wir Länder verlassen, große Distanzen zurücklegen, um es dann an anderen Orten dieser Erde, vielleicht unter anderen Lebensbedingungen, besser oder einfach nur *anders* zu haben. Und wir müssen anerkennen, dass die Interessen der Nationalstaaten – und mit ihnen die Idee der Souveränität der Nationalstaaten – diesem Prinzip auf keiner Ebene entsprechen können. Eine allgemeine Erklärungen der Menschenrechte kann diesem Zustand ebenfalls nicht entsprechen. Es lässt

sich folgern, dass ein nationales Souveränitätsprinzip und die Allgemeine Erklärungen der Menschenrechte miteinander nicht kompatibel sind.

Wieso nicht dieser Situation entgegenwirken und die Zukunft der Migrationspolitik zum Wohle aller stärken und sagen: Womit wir es heute zu tun haben, ist keine Flüchtlingskrise, sondern eine infrastrukturelle Krise der Migrationspolitik, der Organisation von Migration und der Verwaltung von Migration. Wieso nicht anerkennen, dass diese Krise Teil eines schlechten politischen Managements, fehlender politischer Weitsicht und Weltsicht ist? Wir sind an einem Punkt angekommen, an dem nationale Interessen sich nicht mehr mit unseren traditionellen Vorstellungen von Fluchtursachenbekämpfung vereinen lassen. Wir müssen dringend anerkennen, dass die Auswirkungen dieser Krise im schlimmsten Fall zu einem offenen Konflikt heranreifen können, der durch alle Gesellschaftsschichten hindurch wirkt. Uns bleibt nichts anderes übrig, als unsere Fehler einzugestehen, Verantwortung zu übernehmen und neue politische Wege einzuschlagen.

Um auf dieses Problem eingehen zu können, müssen alle Akteure gleichberechtigt in den Lösungsprozess mit einbezogen werden. Damit meine ich: Hört auf, die Schleuser zu illegalisieren, stellt den Flüchtlingen lieber vertrauenswürdige Fluchthelfer zur Seite. Hört auf, höhere Mauern zu bauen, sondern investiert in ein klares Organisations- und Verwaltungsprogramm für die Zukunft aller. Schafft endlich Institutionen, welche die Macht haben, Menschenrechte verteidigen zu können, und hört auf, Migration zu kriminalisieren.

### **3. Offener Konflikt –**

### **Ursachenforschung oder das Problem nationaler Souveränität und Staatsbürgerschaft**

Vor mehr als 100 Jahren waren die gesellschaftlichen Umbrüche aufgrund neuer wirtschaftlicher Entwicklungen ebenso einschneidend wie heute. Die Idee der Souveränität der Nationalstaaten entwickelte sich überall in Europa mit dem Beginn der Industriellen Revolution, also mit der Entstehung neuer Produktionsverhältnisse durch neue technische Errungenschaften im 19. und zu Beginn des 20. Jahrhunderts. Das Ende des Ersten Weltkrieges wird endgültig als die Geburtsstunde eines neuen Souveräns, der Nation, betrachtet. Der souveräne Nationalstaat mit seinen klar definierten Grenzen und Idealen von der Rechtsgleichheit seiner Bürger wurde zum vorherrschenden Konzept und breitete sich überall auf der Welt aus. Heute gibt es so gut wie keinen Erdteil mehr, der nicht erobert und in einem souveränen Nationalstaat eingebunden worden ist. Die Vorstellung einer vermeintlich homogenen Nation gründet auf einer biologischen Kontinuität der Blutbeziehungen, einer gemeinsamen Kultur, Tradition, gemeinsamen Sprache und Geschichte. Gleiche Rechte für alle und die Verteidigung und Verstaatlichung moralischer Werte durch staatliche Rechtsinstitutionen konnten aber nur dadurch gewährleistet werden, dass eine homogene Masse definiert wurde, also eine Rechtsverbindung zwischen *einer* Nation und *einem* Staat in Form eines Nationalstaates. Diese Rechtsgleichheit, ausgedrückt durch Staatsbürgerschaftsrechte, verlieh einer Gemeinschaft von Menschen individuelle und nach außen hin zu anderen Gruppen abgegrenzte Privilegien. In Deutschland bekommen diejenigen eine deutsche Staatsbürgerschaft, die hier geboren wurden. Zudem ist diese auch abhängig von der Staatsbürgerschaft der Eltern. Auch durch Einbürgerung können Personen eine deutsche Staatsbürgerschaft erwerben, sie gilt also nach dem Abstammungsprinzip (*ius sanguinis*). Wohingegen zum Beispiel in Frankreich das Geburtsortsprinzip entscheidet, wer französischer Staatsbürger wird und wer nicht (*ius soli*). Mit dem Einführen gemeinsamer Staatsbürgerschaftsrechte

wurde die Möglichkeit gefördert, vor unabhängigen Institutionen individuelle Bürgerrechte, zum Beispiel Arbeitsrechte, verteidigen zu können (Verbot von Kinderarbeit, Einführung von Arbeitsverträgen, Regelung der Arbeitszeit usw.). Mit dem Entstehen von Staatsbürgerschaftsrechten und -pflichten, wurde jedem zusätzlich die Möglichkeit zugestanden, aktiv – zum Beispiel durch das Wahlrecht – Veränderungen in nationalstaatlichem Ausmaß in die Wege zu leiten. Auf der anderen Seite unterstützte diese Beziehung den expansiven, selbsterhaltenden Charakter eines Nationalstaates – also Krieg im Namen der Nation zu führen.

Um die Beziehungen einer heterogenen Menge herzustellen und aufrecht erhalten zu können und somit zu einer eigenen Identität zu verhelfen, musste ein Konzept entwickelt werden, welches die Idee *einer* Nation weiterhin transportierte. Richtungsweisend hierfür waren die Vorstellungen einer imaginären Schicksalsgemeinschaft mit kollektiven Erinnerungen und einer eigenen Geschichte, die von Generation zu Generation (auch heute noch) weitergegeben wurden. Hierbei spielte eine noch nie dagewesene qualitative und quantitative Ausbreitung von Printmedien und einer damit entstehenden neuen Öffentlichkeit und Gemeinschaft ab dem 19. Jahrhundert eine maßgebliche Rolle und weckte den Bedarf an weiteren sinnbildenden Symbolen und Mythen, auf die sich die Nationalstaaten heute noch berufen. In schulischen oder militärischen Institutionen wurden diese gemeinschaftlich erzeugten Vorstellungen dann weitergegeben und verteidigt. Ein Nationalstaat muss diese Prozesse ständig erneuern: nationale Erzählungen, historische Ereignisse wie die Wiedervereinigung Deutschlands, oder sportliche Großveranstaltungen wie das Fußball-„Sommermärchen“ 2006 in Deutschland müssen kontinuierlich (re)produziert werden, um die Vorstellung einer gemeinschaftlichen Nation aufrechtzuerhalten. Es wird in diesem Zusammenhang auch immer von einer nationalen Kultur gesprochen oder von kulturellen Besonderheiten einer bestimmten Gruppe von Menschen. Das Konzept der Nation beruht also auf den Erfahrungen einer imaginären Schicksalsgemeinschaft.

Heute im globalen Maßstab werden diese imaginären Gemeinschaften aber nicht mehr so deutlich wahrgenommen. Problematisch wird dann das Konzept der Nation dadurch, dass wir auf der einen Seite global agierende Märkte haben, die eine globale Gesellschaft erzeugen, die Staatsbürger aber immer noch an nationale Konzepte und Rechte gebunden sind. Die Macht der Globalisierung und mit ihr die globalen Wanderungsbewegungen, Kriege und regionale Konflikte erschüttern die Idee eines friedlichen, homogenen Nationalstaates, die Souveränität einer Nation, der Staatsbürgerschaft und ihrer Umsetzung. Die Idee eines homogenen Nationalstaates und seine Verklärung zur Norm europäischer Fortschrittsgeschichte erscheint heute problematisch und gilt als Grund für eine Vielzahl von Konflikten überall in der Welt. Bisherige Menschenrechtsinstitutionen und Menschenrechtskataloge verfehlen ihre Wirkung. Forderungen nach Alternativen treten stärker denn je in unser Bewusstsein.

Das Konzept der Nationalstaaten beinhaltet eine Unterscheidung zwischen Volkssouveränität (innere Souveränität) und nationaler Souveränität (Unabhängigkeit eines Staates nach außen). Um die Idee der Souveränität mit diesen Begriffen verbinden zu können, muss sie als grundsätzlich und aus der Natur hervorgehend definiert werden, also aus einer gemeinsamen Sprache, Kultur und Geschichte. Diese Abgrenzung erzeugt wiederum eine feste territoriale Grenze und rechtliche Bindungen zu anderen nationalen Souveränen. Kleinere Gesellschaftsgruppen und regionale Akteure sind diesen Grenzziehungen zum Opfer gefallen und kämpfen bis heute für eine Unabhängigkeit. Die Verteidigung nationaler Interessen nach außen erzeugt Repressionen im Inneren, indem Staaten im Namen nationaler Sicherheit, Identität und Einheit ihre Souveränität gegenüber ihren Bürgern und ihren Feinden ausüben. Die grundlegende Kategorisierung von „Freund“ und „Feind“ und von „uns“ und „ihnen“ ist leider Teil unserer demokratischen Politik und unseres Anspruchs auf nationale Selbstbestimmung oder Souveränität.

Anhand von Pässen und Ausweisen erkennt man, welche Staatsbürgerschaft jemand besitzt, ob jemand „Freund“ oder „Feind“ ist. Pässe und Ausweise sind



zur Identifizierung und Lokalisierung ihrer Inhaber da, um die Idee des „Nationalstaates“ zu institutionalisieren und die Bewegung von Menschen zu regulieren und zu kontrollieren. Sie dienen aber auch dazu, Unterschiede zwischen Einheimischen und Fremden festzuschreiben und physische Grenzen aufrechtzuerhalten. Nationalstaaten haben die Bedeutung von Bewegung durch Pässe und Ausweise monopolisiert und uns in eine ausweglose Abhängigkeit gebracht. Der Staat treibt die Erschaffung von nationalen Kontroll- und Regulierungsmechanismen weiter voran, zur scheinbaren „Sicherheit“ vor illegaler, undokumentierter Migration. Ängste und technische Entwicklungen gehen dabei Hand in Hand. Diese Symbiose ist wiederum eine Handlungsgrundlage dafür, neue Kontroll- und Abhängigkeitsmechanismen einzusetzen und auszubauen.

Die Kontrolle von Fremden oder Einheimischen, Einreisenden oder Ausreisenden wird somit zu einem zentralen Anliegen des Staates, um seinen Souveränitätsanspruch deutlich zu machen. Die Bestimmung einer nationalen Souveränität gegenüber Fremden muss auf eindringliche Weise deutlich gemacht werden. Deswegen stehen heute wieder stark bewaffnete Grenzpolizisten an innereuropäischen Grenzen in glänzendem Scheinwerferlicht. An solchen Grenzen wird die imaginäre Vorstellung *einer* Nation durch Ausweise, Pässe und Visa in Verbindung mit persönlichen Merkmalen ins Rampenlicht gestellt.

Die Idee der Staatsbürgerschaft ist in ihrem Prinzip und Charakter seit ihrer Einführung in allen politischen und ökonomischen Herrschaftszuständen in ihrer Funktion ohne Veränderung gleich geblieben. Staatsbürgerschaft ist seit ihrem Entstehen bis heute Selbstzweck und Legitimationsgrundlage eines jeden Nationalstaates, was in einer globalisierten Welt aber zu Problemen führt. Der Staat „vollzieht“ eine Staatsbürgerschaft, die, historisch gesehen, noch nie der grundsätzlichen Bewegungsfreiheit seiner Gesellschaft und ihrem Zustand entsprochen hat, sondern ihr auferlegt wurde.

Wenn man innerhalb der Globalisierungsdebatte davon spricht, dass sich die bisherigen Strukturen unseres Lebens in einem globalen Wandel befinden, ließe sich vermuten, dass sich auch der Nationalstaat und die Vergabe von

Staatsbürgerschaft sich diesen globalen Vorgängen angepasst haben. Leider wird innerhalb der Diskussion zwischen Nationalstaat, Staatsbürgerschaft und Globalisierung eine friedliche Politik zum Wohle aller Beteiligten vermisst. Die Geschichte des Nationalstaates hat gezeigt, dass er in Zeiten der Globalisierung auf unhaltbaren Definitionen und Annahmen aufbaut. Zu Beginn der Industrialisierung mag er noch als mächtiges und wirkungsvolles Gebilde gegolten haben. Im Zeitalter der Digitalisierung und Globalisierung werden nun andere Vorstellungen gefordert.

Es fehlt also letztendlich eine übergeordnete Instanz, ein neuer Souverän, der imstande ist, diesen Konflikt einzudämmen und zu beenden. Es fehlt an Ideen, unsere gesellschaftliche Mitte ernst zu nehmen. Es fehlt eine Politik des Vertrauens. Es fehlt ein Souverän, der global ist, gleichzeitig aber auch im Kleinen Wirkung und Respekt entfalten kann. Es fehlt eine Utopie, die Hoffnung gibt. Hier geht es heute nicht mehr um eine linke oder rechte Politik, sondern nur noch um eine *ganzheitliche* Politik auf einer anderen Ebene. Wir brauchen echte Kreativität, um uns aus der jetzigen politischen Situation befreien zu können. Wir brauchen etwas vollkommen Neues, etwas, das nicht in das alte Bild hineinpasst und nie dagewesene politische Maßstäbe setzt.

Die Not und der Wille der Menschen, sich trotz unserer Militarisierung auf den Weg zu machen, bleibt ungebrochen. Für sie gibt es meist nur diese eine Möglichkeit, am Leben zu bleiben oder überhaupt irgendeine Perspektive im Leben zu bekommen. Diesen Menschen zeigt sich nur diese eine letzte Option, sich diesem offenen Konflikt an den Grenzzäunen zu stellen oder illegale Fluchtkorridore zu nutzen: Auge in Auge mit ihrem Gegenüber auf der anderen Seite des Zauns. Irgendwie müssen sie ungesehen über diese Zäune und Mauern kommen, vorbei an Bewegungssensoren, vorbei an der Grenzpolizei, auf eigene Faust oder mit professioneller Hilfe. Dieser Albtraum prägt das Leben so vieler Menschen, unser Traum hingegen ist es, die sichersten Grenzmauern zu bauen. Die EU-Abschottungspolitik fördert somit die illegale Einreise, und die Zahl der Toten an den Toren Europas steigt mit jeder

Gesetzesverschärfung. Dass diese Politik den Markt der Fluchthelfer florieren lässt, liegt auf der Hand. Je professioneller die Grenzzäune ausgebaut werden, desto professioneller und teurer wird die Arbeit der Fluchthelfer sein. Das Angebot und die Preise steigen mit der Nachfrage.

Möchte man sich einer Eskalation an den Grenzen Europas nicht hingeben wollen, muss man sich zwangsläufig die Frage nach einem neuen Souverän stellen, der die Situation zum Wohle aller in den Griff bekommt. Der alte nationale Souverän hat abgedient, ich fordere einen neuen Souverän!

#### **4. Eskalation und Krieg – Wer ist der Souverän?**

Migranten werden für einen breiten Teil der Gesellschaft als Opfer der Globalisierung dargestellt; als Nomaden ohne Hab und Gut. Doch gerade die Migranten stellen sich in ihrer Lebensweise konkret auf die gesellschaftlichen Umbrüche ein. Es stellt sich heraus, dass der, der viel besitzt, durch seine Unbeweglichkeit und Ortsbezogenheit aus den neuen globalen Bedingungen der Beweglichkeit herausfällt.

Möchte man sich diesem Problem der nationalen Grenzen und der nationalen Staatsbürgerschaft stellen, kommt man nicht darum herum, auch den Begriff der Souveränität miteinzubeziehen. Der Begriff der Souveränität hat einen wichtigen historischen Hintergrund, wenn es darum geht, wer zum Beispiel Macht und Rechte besitzt in einem Staat und wer nicht. Er beinhaltet zudem eine Offenheit, die es erlaubt, den Begriff auch an anderer Stelle zur Stärkung eines neuen Souveräns einzusetzen. Die Klärung, wer heute Souveränität besitzt, wem sie zugesprochen werden sollte und wem nicht, ist maßgebend, um auf das Problem von Flucht, Migration und nationaler Staatsbürgerschaft eine Antwort zu finden.

Mit den großen Staatsphilosophen wie Jean Bodin oder Thomas Hobbes lässt sich gut die Frage nach der Souveränität als Friedensprojekt beschreiben. Haben doch alle in ihren Ausführungen zur Frage nach der Souveränität und wer sie zugesprochen bekommen soll diese als Bestandteil zur Beilegung von

Vertreibung und Gewalt angesehen. Denn die Vergabe der Macht an einen Souverän wird von beiden Autoren als unabdingbares Moment für Ordnungs- bzw. Friedenssicherung beschrieben. Sie stellen die Frage nach dem Souverän ab dem Moment, an dem der Anspruch auf Souveränität einer bestimmten Person, Gruppe von Menschen, des Volkes eines Staates, einer oder mehrerer Nationen gegenüber anderen Unfrieden stiftet und in bestimmten Fällen große Opfer fordert. Ab diesem Moment steht es in unserer Pflicht, die Rolle des nationalen Souveräns in Frage zu stellen. Ich denke auch dann, wenn eine große Anzahl von Menschen bei einem illegalen Grenzübertritt ums Leben kommen.

Der Begriff der „Souveränität“ ist seit seiner grundlegenden Definition von Jean Bodin zur Disposition gestanden und ist für die Vergabe von situationsbedingten Machtbefugnissen zur Ordnungs- und Friedenssicherung zu sehen.<sup>3</sup> Grundlegend geht es bei der Verwendung dieses Begriffes um die Beantwortung der Fragen,

„was Souveränität ist und wer sie hat. [...] Ob Souveränität eine abstrakte oder eine konkrete, eine teilbare oder unteilbare Herrschaftsmacht ist [...], ob sie einem Einzelnen oder einem Kollektiv zusteht, ob Innehaben und Ausübung in einer Hand liegen müssen oder getrennt werden können.“<sup>4</sup>

Wird dieser Souverän definiert, muss es in seiner Macht liegen, den Krieg zu beenden. Anders als in den Ausführungen und Absichten Bodins zur Beilegung der Glaubensspaltung – oder nach Hobbes, zur Beendigung des Bürgerkriegs in England im 17. Jahrhundert – fällt die Frage nach der Souveränität, also die Frage, wem die Macht gegeben wird, heute direkt mit dem Problem der Staatsbürgerschaft und der Definition eines souveränen Volkes zusammen. Will man heute dieses Problem von Ungleichheit und Unfrieden zwischen den Ländern und besonders an den europäischen Außengrenzen angehen, muss

---

<sup>3</sup> BODIN, Jean: Über den Staat, Reclam, Stuttgart 2005, S. 22

<sup>4</sup> Ebda., S.10

man den Begriff der Souveränität als Schlüsselbegriff heranziehen. Hobbes vollzieht den Schritt zur Souveränität als einen Versuch, einen friedensbewahrenden Zustand von Machtvergabe zu beschreiben. Heute müssten ebenfalls Souveräne walten, die imstande sind, Kriege und Gewalt zu beenden. Wenn dies bis heute unter den gegenwärtigen Umständen aber nicht machbar ist, müssen diese „herrschenden“ Souveräne infrage gestellt werden und andere Souveräne ernannt werden.

Vor dem Hintergrund des Bürgerkrieges legitimierte Hobbes später seinen Leviathan. Dieser stellt sich in einem Staat dar, der einem vollkommene Sicherheit, Frieden oder die Möglichkeit der Gewinnvermehrung gibt. Im Gegenzug hierfür muss man alle seine (Natur-)Rechte abgeben. Hobbes schreibt: „Ich übergebe mein Recht, mich selbst zu beherrschen, diesem Menschen oder dieser Gesellschaft unter der Bedingung, dass du ebenfalls dein Recht über dich ihm oder ihr abtrittst.“<sup>5</sup> Hobbes' Vorstellung von Souveränität sollte so den Zweck erfüllen, Frieden und Sicherheit für die Bevölkerung zu garantieren. Hobbes trieb dann mit seinem Leviathan (als Repräsentation von Legislative, Exekutive und Judikative) die Ausführungen zur Souveränität konsequenterweise weiter voran:

„Auf die englischen Religionskriege reagierend, ging er wie Bodin davon aus, dass die Wiedergewinnung des inneren Friedens eine omnipotente und unwiderstehliche Gewalt erfordere [und] dass die Legitimation einer derartigen Gewalt nur vom Volk ausgehen konnte, dem er folglich eine ursprüngliche Freiheit bei der Gestaltung der Herrschaftsordnung einräumte. Der angesichts des Bürgerkriegs alles überragende Wert der Sicherheit war für ihn aber den Preis der Freiheit wert.“<sup>6</sup>

Folglich nahm er an, „dass die Einzelnen im Staatsvertrag sämtliche natürlichen Rechte an den Herrscher abtraten und ihm damit vollkommene Souveränität verschafften.“<sup>7</sup>

<sup>5</sup> HOBBS, Thomas: *Leviathan*, Reclam, Stuttgart 1970, S. 155

<sup>6</sup> GRIMM, Dieter: *Souveränität – Herkunft und Zukunft eines Schlüsselbegriffs*, Berlin University Press, Berlin 2009, S. 31

<sup>7</sup> Ebda., S. 32

Nehmen wir die aktuelle Situation der Migranten als Ausgangspunkt der Frage nach einem neuen Souverän. Wem müsste Souveränität möglicherweise entzogen werden und auf der anderen Seite zukommen, damit sich jeder, ohne in Lebensgefahr zu geraten, frei bewegen kann? Wie kann die Vergabe der Souveränität in einer globalen Welt und an eine sich ständig ändernde Gesellschaft angepasst werden? Unsere moralische Pflicht ist es, den bestehenden Souveränitätsanspruch in Frage zu stellen, wenn Menschen diesem zum Opfer fallen. Man muss sich im Klaren sein, dass man sich die Frage nach der Souveränität jeden Tag neu stellen muss – besonders dort, wo Unfrieden und Ungleichheit herrschen und leblose Körper an die Touristenstrände im Süden Europas gespült werden. Die Macht des nationalen Souveräns verliert an Kraft, und es ziehen darauf hin neue Souveräne auf, die darauf warten, das entstandene Vakuum zu füllen. In seiner letzten Handlung besteht die Macht des nationalen Souveräns noch darin, Zäune zu errichten, um den Feind auf der anderen Seite des Mittelmeers aufzuhalten. So folgt die Frage nach der Souveränität der Idee einer ständigen Kritik zwischen dem, der Souveränität ausübt, und dem, der seine Rechte an den Souverän abgibt. Diese Situation zu beenden, sollte die ersten Grundzüge einer neuen Politik darstellen. Der Souverän selbst muss in der Lage sein, auf globale Phänomene reagieren zu können.

Will man das Problem der Staatsbürgerschaft lösen, dann gehe ich davon aus, dass der Begriff der „Souveränität“ für alle Menschen in einer globalen Welt geöffnet werden muss. Damit einhergehend müssen alle Nationalisierungsprozesse gestoppt werden. Der Begriff der „Souveränität“ muss so gedacht werden, dass er sich an den Zuständen von Gesellschaften orientiert und für politische Innovation offen ist.

Hatte Hobbes versucht, mit seiner Definition von Souveränität den Bürgerkrieg in England zu beenden, so erachte ich es als angebracht, mit einem neuen Souveränitätskonzept auf die Situation der Migranten zu reagieren.

Aus diesem Konflikt, dem sporadischen oder zufälligen Zusammenstoß zwischen Migranten und Grenzpolizei an den europäischen Grenzen, wird im schlimmsten Fall eine Situation, die noch weiter außer Kontrolle gerät. Wenn die Mittel zur Abwehr von Migranten durch Waffen und Gewalt eine neue Dimension annehmen spreche ich von einer neuen Form des Krieges. Nun besteht also die dringende Aufgabe, die illegalen und rechtlosen Menschen in einen Friedensprozess einzubinden.

Bis heute hat der Nationalstaat Sicherheit und Frieden in einem historisch nie dagewesenen Umfang bieten können. Allerdings sehe ich diesen jetzt, innerhalb einer globalen Weltordnung, unter Zugzwang und auf dem Rückzug. Der Nationalstaat ist nicht mehr der Souverän, der er einmal war. Die Kämpfe um mehr Freiheit und Rechte finden nun an den Grenzzäunen Europas statt, nicht mehr zwischen verfeindeten Nationen, sondern zwischen Grenzarmee und Migranten. Die Kriegsparteien stehen sich in diesem Konflikt an anderen Stellen gegenüber.

Im Grunde kämpfen die Migranten an den Grenzzäunen um unserer aller Rechte. Sie kämpfen um eine globale Rechtsgleichheit, um die gleichen Chancen für jeden auf der Welt, egal, wo jemand geboren wurde. Solange es dieses Recht auf freie Bewegung nicht gibt, werden sich die Kämpfenden auch weiterhin entlang der Staatsgrenzen gegenüberstehen. Die Unfähigkeit der Nationalstaaten, auf diese Situation mit Weitsicht und humanen Mitteln reagieren zu können, hat eben auch damit zu tun, dass dieser nationale Souverän Teile seiner ursprünglichen Macht verloren hat. Nationalstaaten haben nicht mehr die Kapazität und die politische Handlungsfähigkeit, um einer globalen Ökonomie und den globalen Wanderungsbewegungen entgegenzutreten. Sie sind in dieser Situation gefangen, da ihnen die Instrumente fehlen, richtig auf diese Situation reagieren zu können. Wenn diese Grenzpolitik eskaliert, dann werden wir vielleicht selbst eines Tages als Flüchtlinge vor unseren eigenen selbst errichteten Grenzzäunen stehen und werden keine Möglichkeit mehr haben zu fliehen. Man sollte tatsächlich nie ausschließen, dass es auch in Europa wieder zu Krieg, Flucht und Vertreibung kommen wird, ein Krieg, dessen Ursache vielleicht sogar die falsche

Flüchtlingspolitik der Gegenwart sein kann. Vielleicht müssen wir Bürger Europas uns selbst eines Tages in ein wackliges Schlauchboot setzen, um über das Mittelmeer zu fliehen, und vielleicht müssen wir dann selbst einmal darüber nachdenken, ob wir für das doppelte Geld an den Schleuser lieber in der Mitte des Bootes sitzen wollen oder für weniger Geld am Rand, wo die Gefahr größer ist, ins eiskalte Wasser zu fallen und zu ertrinken.

Wir brauchen dringend Hilfe!

## **5. Erste Ideen für Vermittlungsgespräche –**

### **Ursprünge der Globalisierung**

Die Grundlage für Gespräche zwischen den Nationalstaaten und Migranten sollte eine angemessene Politik sein, die einem globalen Zeitalter entspricht. Die Basis für solche Gespräche sollte als Ziel die Erschaffung eines Souveräns haben, der dieser globalen Welt *wirklich* entspricht und in der Lage ist, diesen Konflikt zu beenden. Er müsste in der Lage sein, das aus den Fugen geratene Gleichgewicht zwischen Nationalstaat, globaler Ökonomie und einer Gesellschaft in Bewegung<sup>8</sup> wiederherzustellen. Ein primäres Ziel dieser Gespräche muss die Öffnung aller Grenzen sein. An den Fronten der europäischen Außengrenze muss ein Souverän zur Friedenssicherung etabliert werden, dessen Ziel für die Zukunft sein soll, das globale Recht auf Bewegungsfreiheit durchzusetzen und aufrechtzuerhalten. Die europäische Grenzschutzarmee muss in diesem Zuge entwaffnet werden.

---

<sup>8</sup> Tom Holert und Mark Terkessidis beschreiben in ihrem Buch *Fliehkraft* eine Veränderung unserer Gesellschaft durch Migration und Tourismus. Sie gehen auf die Dynamiken dieser Gesellschaftsgruppen ein und untersuchen die entstehenden transnationalen Räume sowie die Probleme, die zwischen Menschen in Bewegung und starren Institutionen entstehen. Die Autoren stellen nationale Grenzen und ihre Symbolpolitik infrage, ebenso die Beziehungen zwischen Nation und Staat innerhalb globaler wirtschaftlicher Zusammenhänge. Sie sprechen von einer Gesellschaft in Bewegung, welche die Dynamiken der Migration, Flucht oder einer Reise verinnerlicht. Diese Gesellschaft in Bewegung übertrifft und überfordert nationalstaatliche Souveränität in der Unbestimmtheit ihrer Herkunft und Zukunft. Ihre Bewegungs- und Kommunikationsprofile erschaffen andere Raum- und Zeitbeziehungen – eher globale Beziehungen –, denen der Staat mit seinen starren Institutionen nicht gewachsen ist. Siehe: HOLERT, Tom und TERKESSIDIS, Mark: *Fliehkraft*, Kiepenheuer & Witsch, Köln 2006



Woher können Impulse für Friedensgespräche kommen? Die Fragen nach Freiheit, Gleichheit und Sicherheit müssen heute an anderer Stelle gestellt werden: Die Globalisierung der Ökonomie produziert neue politische Ideen und Systeme, soziale und demokratische Beziehungen auch über europäische Grenzen hinweg und befördert uns so auch in ein neues politisches und gesellschaftliches Zeitalter. Von hier aus können zum Beispiel neue politische Handlungsmuster übertragen werden. An diesen wird deutlich, wie die Globalisierung ein neues Souveränitätsprinzip vorgeben könnte, das unsere Lebenswelt wieder ordnet und wieder lebenswert macht.

Die Digitalisierung unserer Lebenswelt hat Macht innerhalb von Netzwerken verteilt und so andere Formen der Machtbeziehungen möglich gemacht. Besonders die Digitalisierung der Ökonomie hat mittels dezentraler Strukturen gegenüber dem zentralen Staat an Einfluss gewonnen. In diesem Zusammenhang wird von einer Globalisierung der Ökonomie gesprochen, die zu einer Sonderstellung gegenüber staatlichen Regierungen und ihrem Regulierungs- und Rechtsprinzip gekommen ist. Es ist also für global agierende Unternehmen, die nicht mehr innerhalb eines Nationalstaates ihren Hauptsitz und ihren Geschäftsschwerpunkt haben, durchaus möglich, aufgrund der dezentralen Verteilung ihrer Standorte auf verschiedene Teile der Welt Regierungen unter Druck zu setzen. Bestes Beispiel ist die Drohung, bei geforderten Lohnerhöhungen oder Umweltauflagen mit dem Produktionsstandort in andere Länder abzuwandern. Die Digitalisierung hat es den Unternehmen leicht gemacht, ihre Standorte weltweit zu vernetzen und dadurch unangreifbar für Nationalstaaten – ihre Regierungen und ihr national ausgelegtes Rechtssystem – zu sein. Durch Digitalisierung, Deregulierung und Privatisierung im Finanzwesen konnten sich so die Kapitalmärkte der Kontrolle staatlicher Institutionen entziehen und an Macht gewinnen. Auf diese Weise sind neue, auf Profit orientierte, wirtschaftliche Netzwerke außerhalb jeglicher Kontrollmöglichkeiten entwickelt worden. Die Digitalisierung hat somit die Globalisierung erst in Gang gesetzt. Die meisten staatlichen Organisationen, die diesen Umständen hätten entgegenwirken können, waren den

Anforderungen des digitalen Zeitalters aber nicht gewachsen.<sup>9</sup>

Aus dieser Beschreibung resultieren schon die ersten Eckpunkte für Friedensgespräche und für die Erschaffung eines neuen Souveräns: Digitalisierung, Dezentralisierung, Weltoffenheit und globale Bewegungs- und Handlungsfreiheit. Es geht darum, dass es keine Nationen mit souveränem Anspruch im historischen Sinne mehr geben kann. Das würde bedeuten, der Globalisierung mit Globalisierung zu antworten, also die Dynamik der Globalisierung auch zu unseren Gunsten zu nutzen: Man muss sich die digitalen Netzwerke, elektronischen Räume und diese neue raum-zeitliche Ordnung aneignen und ausbauen. Und man muss versuchen, einen dezentralen, offenen, flexiblen und heterarchischen Souverän zu beschreiben, der imstande ist, Freiheit und Sicherheit sowie eine Staatsbürgerschaft für alle zu gewähren. Dieser globale Charakter, den diese Form von Souveränität dann beinhalten würde, könnte die nationale Staatsbürgerschaft dann aus ihrem nationalen Gefängnis führen. Es bestünde dann ein global ausgewogenes Verhältnis zwischen allen angesprochenen Machtstrukturen und würde dann die Möglichkeit eröffnen, die Grundzüge einer neuen Form von Staatsbürgerschaft zu erkennen, die sich dem Problem fehlender Rechte und Freiheiten in einer globalen Welt entgegenstellen würde. Dieser Souverän muss genau so erfinderisch und genau so beweglich sein wie die globalen Machtstrukturen, und er muss in der Lage sein, die Grenzen für die Gesellschaft in Bewegung offen zu halten.

## **6. Deeskalation —** **Letzter Ausweg sind offene Grenzen!**

Wenn man diesen Gedanken weiterverfolgt und der Idee einer neuen Staatsbürgerschaft *mehr Raum* gibt, dann kommt man unweigerlich zu dem Punkt: Alle Grenzen müssen geöffnet werden!

---

<sup>9</sup> Siehe hierzu: SASSEN, Saskia: *Cyber Segmentierung. Elektronischer Raum und Macht*, In: MÜNKER, Stefan und ROESLER, Alexander (Hg.): *Mythos Internet*, Suhrkamp, Frankfurt a. M. 1997, S. 215-S. 235

Diese Forderung ist sozusagen die erste Handlung, die ein Sterben an den europäischen Außengrenzen sofort beenden würde. Alles andere sind längerfristige Maßnahmen, deren Erfolg in den Sternen steht und bis dahin noch viele Opfer fordern wird. Warum warten wir also ab? Warum umgehen wir das eigentliche Problem, wo es doch auf der Hand liegt, dass offene Grenzen sofort für eine immense Anzahl von Menschen Leben bedeutet und Besserung verspricht. Und da spreche ich nicht nur von den Menschen, die heute Nacht wieder in ein überladenes Schlauchboot steigen werden.

Vielmehr geht es um das Gewissen der restlichen Menschheit, der man in Zukunft dann keine unterlassene Hilfeleistung nachsagen muss. Niemand hat das Recht, jemanden grundlos auszusperrern und davon abzuhalten, sich frei zu bewegen oder gar vorzuschreiben, wo er leben soll. Jedem Menschen muss es freistehen, wo er sich auf dieser Erde aufhalten möchte. Dieses Recht gilt für mich und für alle anderen Menschen auch.

Ein wichtiger Vertreter offener Grenzen ist der US-amerikanische Philosoph Joseph Carens. Momentan ist er Professor für politische Theorie an der Universität Toronto. Carens spricht von moralischen Grundwerten, die für jeden Einzelnen über Staatsgrenzen und nationale Zugehörigkeiten hinweg bestehen. Er argumentiert in seinem Text *Aliens and Citizens: The Case of Open Borders*, dass Grenzen generell offen sein sollten und dass es für jeden möglich sein muss, sein Land zu verlassen, um sich in einem anderen nieder zu lassen.<sup>10</sup> Er kritisiert das vorherrschende Konzept des Ein- und Ausschlusses, das darin bestehe, dass Fremden im Gegensatz zu Einheimischen das Recht auf Bewegungsfreiheit aus Gründen der Bewahrung von gemeinschaftlichen oder nationalen Eigentumsrechten untersagt werde. Carens unterscheidet das Recht des Einzelnen auf Besitz und dessen Unversehrtheit und das Konzept kollektiver oder nationaler Eigentumsrechte. Er schreibt, es bestehe

---

<sup>10</sup> CARENS, Joseph H.: *Aliens and Citizens: The Case of Open Borders*, <http://philosophyfaculty.ucsd.edu/faculty/rarneson/phil267fa12/aliens%20and%20citizens.pdf>, gesehen am 2.6.2018

„no basis for the state to exclude aliens and no basis for individuals to exclude aliens that could not be used to exclude citizens as well. [...] They may normally exclude whomever they want from land they own. But they have this right to exclude as individuals, not as members of a collective. They cannot prevent other individuals from acting differently (hiring aliens, renting them houses, etc.).“<sup>11</sup>

Er argumentiert, dass jeder das Recht habe, jemanden von seinem Privatgrundstück auszuschließen, genauso gebe es aber das individuelle Recht, jemanden mit einer anderen Staatsbürgerschaft auf seinem Grundstück auch willkommen zu heißen und beispielsweise Arbeit anzubieten. Das Recht darüber zu entscheiden, ob jemand Zugang zu Privatgelände bekommt, habe man als Individuum, aber nicht als Mitglied einer Gemeinschaft.

An einer anderen Stelle beschreibt er die nationale Staatsbürgerschaft als das „moderne Äquivalent feudaler Klassenprivilegien“<sup>12</sup>. Er bezieht sich hier auf das Geburtsrecht und die Privilegien, die einem mit seiner Geburt verliehen werden. Menschen, die in Afrika oder Ländern Asiens geboren sind, werden niemals — dank ihrer Geburt — die gleichen Chancen und Rechte zugesprochen bekommen, wie jemand, der in Europa oder Nordamerika zur Welt gekommen ist. So gesehen, befinden wir uns in einem Zustand, gegen den wir uns im Mittelalter schon einmal aufgelehnt haben. Und wenn es im Mittelalter schon falsch war, die Privilegien des Geburtsrechts zu schützen, „was rechtfertigt dann die heutigen Praktiken“<sup>13</sup>?

Ein weiteres Argument für offene Grenzen, so Carens, sei, dass Freizügigkeit innerhalb eines Staates als ein Menschenrecht anzuerkennen ist. Er bezieht sich hier auf Artikel 13 der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte von 1948. Jeder europäische und nordamerikanische Staat hat dieses Dokument unterzeichnet. Er argumentiert in seinem Text, dass es keinen klaren Grund gebe, Freizügigkeit innerhalb eines Staates anzuerkennen und als

---

<sup>11</sup> Ebda.

<sup>12</sup> CARENS, Joseph H.: *Ein Plädoyer für offene Grenzen*, In: DIETRICH, Frank (Hg.): *Ethik der Migration*, Suhrkamp, Frankfurt a. M. 2017, S. 166- S. 211, S. 166

<sup>13</sup> Ebda., S. 168

Menschenrecht zu deklarieren, um auf der anderen Seite die Freizügigkeit von Menschen über Staatsgrenzen hinweg zu verhindern und zu regulieren.<sup>14</sup> Es macht absolut keinen Sinn, einen Unterschied zwischen Bundesländern oder Staaten zu rechtfertigen, da es keine einzige moralische Rechtfertigung hierfür gebe.<sup>15</sup> Als bayerischer Landesbürger fordere ich ja auch keine Einreisebegrenzungen und Obergrenzen für Menschen aus Sachsen-Anhalt.<sup>16</sup>

Dieser radikale Bruch der Öffnung aller Grenzen erfordert also zwangsweise den Verzicht auf nationale Souveränität. Ich spreche dann von einer neuen Form von Staatsbürgerschaft und von neuen Formen von Souveränität.

Die Antwort auf das Problem der Staatsbürgerschaft in einer globalen Welt kann in erster Linie nur dem Begriff der Bewegung selbst entsprechen, was – wie Carens fordert – ein Menschenrecht auf globale Bewegungsfreiheit ist. Wir brauchen also eine Staatsbürgerschaft, die ein solches Menschenrecht miteinschließt, und wir brauchen einen Souverän, der dieses Recht auf globale Bewegungsfreiheit verteidigen kann. Hierfür müssen wir als Staatsbürger unsere bisher gelebte nationale Rechtsgleichheit aufgeben und eine neue globale Rechtsgleichheit fordern und eingehen. Die Freiheiten, die wir dann, wie es auf den ersten Blick scheinen mag, verlieren, werden andere umso freier machen. Vielleicht ist ja dieser Zustand im Allgemeinen gar nicht negativ zu beurteilen, weil wir dann auf einer anderen Ebene eine ganz neue Dimension von Frieden und Freiheit erhalten werden, die sich als viel wertvoller darstellen wird als das, was wir bisher kennen.

---

<sup>14</sup> Ebda., S. 184ff

<sup>15</sup> David Miller, ebenfalls Professor für politische Theorie, rechtfertigt seine Absage an ein Menschenrecht für uneingeschränkte Bewegungsfreiheit mit zu hohen Kosten und fehlender Kontrolle der Wanderungsbewegungen, die auf die innerstaatliche Infrastruktur zukommen würden. Zur Kritik einer Analogie zwischen Freizügigkeit im Inneren und Freizügigkeit über Staatsgrenzen hinweg siehe: MILLER, David: *Fremde in unserer Mitte*, Suhrkamp, Frankfurt a. M. 2017, S. 88ff. Zugespitzt würde das bedeuten, dass die Rettung von Menschenleben für ihn zu teuer ist.

<sup>16</sup> Innerstaatliche Freizügigkeit ist im Artikel 11 des Grundgesetzes für die Bundesrepublik Deutschland festgeschrieben.

## **7. Frieden —**

### **Aufbau und Neuanfang**

Die Trümmer unserer westlichen Politik können nur beseitigt werden, wenn wir alle zusammen einen Neuanfang wagen. Offene Grenzen beginnen mit einem grenzenlosen Denken und dann mit dem Abbau der Grenzanlagen und Kontrollen.

Die Idee wie Souveränität und Demokratie heute verstanden werden können, muss unserer Gesellschaft klar vermittelt werden. Dabei muss klar gemacht werden, dass offene Grenzen nicht unbedingt einen Verlust von Sicherheit, Rechtsstaatlichkeit und demokratischer Grundwerte bedeutet. Es gilt, diese Bedenken anzuerkennen, um darauf aufzubauen. Neue politische Forderungen, Rechte und Lebensweisen müssen nachvollziehbar und rechtlich gesichert werden. Auch an diesem Punkt waren wir schon einmal: Im Nachkriegsdeutschland wurde Migranten noch der Status der Gastarbeiter zugesprochen. 1971 wurde zum Beispiel die 1000. marokkanische Gastarbeiterin im Namen der BRD feierlich geehrt. Die Forderung der Gastarbeiter nach Arbeitsrechten, Aufenthaltsrechten, Sicherheit und Demokratie sowie die Forderung nach verbesserten Lebensbedingungen, wie sie in den 1960ern und -70ern in Industriebetrieben in Deutschland gefordert wurde, lässt sich heute mit einer ähnlichen Situation beschreiben. Der einzige Unterschied ist, diese Forderungen sind heute nicht mehr vor staatlichen oder regionalen Fabrikatoren zu stoppen, sondern bestehen global und über alle Grenzen hinweg. Diese historische Anerkennung von Rechten, wie sie in den fordistischen Fabriken erkämpft wurde, ist heute auf eine globale Dimension übertragen worden.

Die Migranten zeigen uns in dieser Situation, dass gängige Konventionen von Rechtsstaatlichkeit notfalls auch auf eine globale Dimension ausgeweitet werden können und müssen. Wichtig ist der Schritt der Migranten über die Grenze, um so auf Missstände der Grenze selbst aufmerksam zu machen. Es liegt an uns, sich mit ihnen zu solidarisieren und gemeinsam für ein Recht auf

Bewegungsfreiheit und einen neuen Souverän zu kämpfen. Der Bruch mit gängigen Nationalismen sollte eigentlich ein Umdenken mit sich bringen. Er sollte die Bürger aller Nationalstaaten dazu auffordern, die Illegalen, die Legalen, Arbeitsmigranten usw. an den Grenzzäunen in aller Welt ernst zu nehmen. Die Natur der Freiheit und der Gleichheit spiegelt sich genau in solchen Situationen wider und stellt den Nationalstaat als Souverän in Frage. Einen neuen Souverän zu bestimmen, bedeutet möglicherweise, ein Selbstbestimmungsrecht eines jeden in einem globalen Maßstab zu definieren, keine nationale Souveränität, sondern eine Souveränität eines jeden unabhängigen Subjekts. Es müssen neue Räume geschaffen werden, innerhalb derer das Recht auf politische Innovation gestellt und ausgebaut werden kann.

## **8. Wandel anerkennen —**

### **Friedenserhaltende Maßnahmen**

Seit der Mensch die Idee hatte, sich in Gesellschaften zu organisieren, hat sich diese Idee in einem stetigen Wandel befunden. Die meisten Großreiche und Monarchien haben den Beginn des 20. Jahrhunderts nicht überlebt. So wie die Kaiser und Könige einst ihren Souveränitätsanspruch an eine souveräne Gemeinschaft verloren haben, müssen heute andere Souveräne definiert werden. Bevor die Nationen entstanden sind, waren die Herrscher in den Monarchien oder Großreichen wie Frankreich, Großbritannien, dem habsburgischen Österreich oder Preußen-Deutschland diejenigen, die Souveränität gegenüber ihrem Volk besaßen. Sie übten ihre Souveränität gegenüber ihren Leibeigenen aus und differenzierten sich von ihnen durch ihren Stand und bis zur Französischen Revolution auch durch die Staatsbürgerschaft, die zu dieser Zeit ebenfalls eine Besonderheit nur für wenige war.

Wie Carens schon beschrieben hat, ist mit der Bestimmung eines nationalen Souveräns und dessen demokratischen Freiheiten die Praxis von Herrschaft und Unterdrückung jedoch nicht aufgelöst. Nur scheinbar ist mit dem

Entstehen der Nation das Joch der feudalen Herrschaft abgelegt worden, doch greift auch das nationale Selbstbestimmungsrecht nach dem Konzept der Souveränität und führt hierdurch ebenfalls zu Tod, Armut, Repressionen und Ungleichheit an den Grenzen Europas und anderen Ländern.

Die Idee des Nationalstaats ist selbst noch nicht sehr alt. Ich bin mir ziemlich sicher, in dieser Form wird er das 21. Jahrhundert nicht überleben. Gesellschaftliche Zusammenschlüsse verändern sich ständig je nach ökonomischen Ausrichtungen und technischen Innovationen, und diesem Verhältnis ist die Idee der Nation nicht gewachsen.

Auf welcher Ebene können Nationalstaaten und Migranten zusammenkommen? Wie würde eine Welt ohne Grenzen aussehen, wenn es keine *Nationalstaaten* im ursprünglichen Sinn mehr gäbe, sondern nur noch *Staaten*, die das Leben einer Gesellschaft in Bewegung organisierten und rechtlich absichern müssten? Um die globale Bewegungsfreiheit von Menschen organisieren zu können, braucht es andere staatliche Institutionen und eine andere öffentliche Infrastruktur, um zum Beispiel Entscheidungen zu treffen und diese umzusetzen. Konkrete Beispiele, wie sich eine Gesellschaft in Bewegung heute schon organisiert, sind migrantische Netzwerke, die dank der Digitalisierung der Kommunikationsmittel entstehen konnten. So entstehen temporäre politische Räume, die Formen von Selbstorganisation gegenüber dem Nationalstaat zulassen. Diese Räume kennzeichnen sich als ahistorisch ohne Bezug zu einer nationalen und staatlichen Geschichte. Die Beschreibung solcher Räume bezieht sich nicht auf die Geschichte seines festen Ortes oder Hauses, in dem er sich befindet, vielmehr bieten sie Raum für die Geschichte der Akteure, die ihn durchwandern.

Sie sind ein Kreuzungspunkt für moderne Technologien, urbane Räume und Orte mit einem Klientel, die diese Orte zu einer Plattform für politische Diskussionen und Meinungsbildung entwickelt haben, an denen Geschichte nicht mehr wie im historischen Sinn von einem Ort ausgeht, an dem man sich aufhält, sondern von den Personen, die diese Räume durchwandern, verhandelt und repräsentiert werden.<sup>17</sup>

<sup>17</sup> Vgl. HOLERT, Tom: *Territorien der Mobilität und das transnationale Netzwerk der Migranten*, <http://www.einseitig.info/html/content.php?txtid=503>, gesehen am 23.06.2018



Dies sind keine Räume des Einschlusses und Ausschlusses, sondern digitale Netzwerke, in denen das Wissen und die Kommunikation der Migranten gespeichert ist. Kommunikation tritt in diesen Räumen als politische Potenz auf, die von jeder einzelnen Person ausgeht, im Gegensatz zur staatlich organisierten, institutionalisierten und auf ein Territorium beschränkten Politik innerhalb hierarchischer Verhältnisse. Die Migranten sind nicht mehr auf den Platz vor dem Rathaus einer Stadt, eine Kneipe, Fabrik oder Straße, wo sich die demonstrierende Masse trifft, angewiesen. Politische Forderungen können in diesen Netzwerken erarbeitet werden. Somit sind sie schon einen Schritt weiter, sich die Macht der Globalisierung gegenüber den Nationalstaaten anzueignen. So kann man sagen, dass das Gerüst und die Infrastruktur der staatlichen Institutionen bestehen bleiben können. Diese müssen sich aber einer Gesellschaft in Bewegung öffnen, um ihre netzwerkartigen Organisationsstrukturen zu übernehmen. Zusätzlich müssen eben solche neuen Räume definiert werden, die es erlauben, politisch aktiv zu werden. Welche politische Macht die digitalen Kommunikationsmittel in diesem Zusammenhang erlangt haben, lässt sich an dieser Stelle nur andeuten.

Wollen die Nationalstaaten heute eine Revolution eines modernen *dritten Standes* verhindern, müssen sie sich selbst dem Anspruch der Mobilität anpassen und Gesetze erlassen, die die Ausgeschlossenen in die Gemeinschaft mit einbeziehen, indem sie ihre Staatsbürgerschaft auf eine Gesellschaft in Bewegung anpasst. Solange es kein Recht der freien Niederlassung oder Menschenrecht auf freie Bewegung gibt, werden sich die Kämpfe um Gleichheit und Freiheit auch weiterhin entlang der Staatsgrenzen wie auch im Inneren zwischen Legalität und Illegalität positionieren.

Das bedeutet, eine amorphe Form der Zugehörigkeit zu vergeben. Diese leitet sich von dem Regulierungsprinzip der Ein- und Ausreise ab, hin zu einem Bewegungsmanagement, das auf jeden Einzelnen angepasst ist.

Nationalstaaten verlieren Souveränität, gleichzeitig gewinnen die Migranten oder die Gesellschaft in Bewegung an Souveränität. In diesem Zusammenhang müssten alle (im Rahmen eines zu organisierenden Bereiches) an der

Möglichkeit beteiligt werden, Gesetze zu erlassen oder mitzubestimmen – egal wann, wie lange und wer sich auf dem zu organisierenden Gebiet aufhält. Dies beinhaltet konsequenterweise eine neue Form der Gesetzesabstimmung (durch die Änderung der Verfassung), die eine grundsätzliche Bewegungsfreiheit berücksichtigt und keine Personen von aktiven politischen Prozessen ausschließt. Die Definition dieser modernen Souveränität beinhaltet die Beteiligung der Gesellschaft in Bewegung an den Macht- und Organisationsstrukturen eines Staates. Der Gesellschaft in Bewegung wird eine besondere Form von Souveränität zugesprochen, auf deren Basis sie über die Organisation ihrer Gesellschaft innerhalb eines Aufenthaltsgebietes mitentscheiden kann. Die innere nationale Volkssouveränität formt sich dahingehend um. Die Prozesse innerhalb dieser Organisationsgebiete herauszuarbeiten und unter der Berücksichtigung der Gesellschaft in Bewegung zu gestalten, wird (dann) Teil der Gestaltung unserer Zukunft ohne nationale Grenzen und nationale Souveränitätsansprüche sein.

Das bedeutet, es wird in Zukunft keine nationale Souveränität mehr bestehen, sondern ich beschreibe die Gesellschaft in Bewegung als diesen neuen Friedenbringenden Souverän. Ich sehe die Migranten als die Vorboten einer neuen, zukünftigen, offenen und grenzenlosen Gesellschaftsordnung. Sie sind die Souveräne, welche die Macht haben, sich der globalen Ökonomie und der nationalstaatlichen Grenzen zu stellen. Dies tun sie nicht aus kriegerischem oder gewalttätigem Antrieb, sondern aus dem Recht auf globale Bewegungsfreiheit und Selbsterhaltung heraus.

## **9. Die nächste Generation —**

### **Jeder ist Souverän!**

Jeder Einzelne wird dann zum Souverän in einem Staat *als Staat*, der aus sich selbst und zu jedem Zeitpunkt aus seiner Veränderung und Bewegung bestehen wird. Eine Staatsbürgerschaft als Definition *einer* nationalen Zugehörigkeit und der Organisation *einer* Gesellschaft gibt es dann nicht mehr.

Die Globalisierung erzeugt einen Raum, der sich dadurch kennzeichnet, dass er auf der einen Seite Kapitalflüsse und Produktionsweisen steuert und auf der anderen Seite globale Bewegungsmuster von Menschen erzeugt, die sich nicht mehr nur von A nach B bewegen, sondern ständig zwischen mehreren Punkten in Bewegung sind: Als Subjekt und gleichberechtigter Teil einer Gesellschaft und nicht als Illegaler, Täter oder Opfer. Die Organisation der demokratischen Bedürfnisse einer Gesellschaft in Bewegung bedeutet, dieser einen provisorischen Rahmen zu geben, innerhalb dessen sie gleichzeitig organisiert und rechtlich ausgestattet werden, egal, an welchen Punkten der Erde sie sich befinden. Die Organisation der Gesellschaft in Bewegung deckt sich dann mit den Zeitpunkten, zu denen sich die Menschen hier oder dort befinden.

Meine Überlegungen bewegen sich weg von dem zentralen Element staatlicher Souveränität hin zu einem Organisationsprinzip von Bewegung. Wenn es um die Definition eines neuen Souveräns geht, dürften wir also nicht mehr fragen, woher wir kommen, wo wir geboren sind und wo wir uns aufhalten werden, um anhand dieser Lokalisierung unsere Rechte festzuschreiben. Vielmehr müssen dann Rechte für alle zu jedem Zeitpunkt und an jedem Ort sichergestellt werden. Diese neue Idee der Souveränität und der Staatsbürgerschaft definiert sich durch eine Organisationslogik, die *gleichzeitig* und an allen Punkten der Erde die Gesellschaft in Bewegung mit einbindet: Nicht mehr Sprache, Herkunft, Geschlecht oder Hautfarbe sollen politische Kategorien bestimmen, sondern eine gemeinsame Kritik an einem ausgewogenen Verhältnis zwischen Machtstrukturen und einem menschenwürdigen und sinnvollen Zusammenschluss zwischen einer globalen Gesellschaft und einer globalen Ökonomie.

Auf dem berühmten Titelblatt von Hobbes' Buch *Leviathan* ist eine Figur zu sehen, die Hobbes den Souverän nennt, der über Land, Städte und deren Bewohner herrscht. Wie man erkennen kann, besteht sein Körper aus den Menschen, die in den Gesellschaftsvertrag<sup>18</sup> eingewilligt haben. Würde man dieses Bild des Souveräns heute neu darstellen, müsste man die Bewegung der

---

<sup>18</sup> Siehe hierzu: HOBBS, Thomas: *Leviathan*, Reclam, Stuttgart 1970, besonders den Teil „Vom Staat“

einzelnen Menschen ebenfalls berücksichtigen. Mit Hobbes gab jeder seine Einwilligung zum Gesellschaftsvertrag ab und sein Recht auf Bewegungsfreiheit auf. Nun muss in einem Umkehrschluss die Bewegungsfreiheit wiederhergestellt werden können.

Die Körper, die den Souverän darstellen, sind in einer neuen Fassung nur noch schemenhaft und verschwommen zu erkennen. Sie werden sich zwischen Privatsphäre und globaler Bewegungsfreiheit zeigen.

## **Teil 2**

### **Ausblick**

Bis heute wird das Recht auf Bewegungsfreiheit der Bürger eines Nationalstaates durch die Staatsbürgerschaft an ein nationalstaatliches Territorium gebunden und eingeschränkt. Wie kann heute aber eine dynamische Staatsbürgerschaft aussehen, die das Recht auf eine globale Bewegungsfreiheit verinnerlicht und repräsentiert? Wie kann eine Staatsbürgerschaft aussehen, welche die souveränen Körper in Bewegung, die über die gesamte Erde verstreut sind, mit den modernsten Rechkatalogen ausstattet und organisiert, und wie kann ihr Recht auf globale Bewegungsfreiheit organisiert werden?

Ein erster Ansatz ist, solange es kein symmetrisches Recht auf temporäre Niederlassung oder ein Recht auf freie Bewegung gibt, das parallel zu globalen ökonomischen Vorgängen besteht, werden die Kämpfe weiterhin entlang der Staatsgrenzen ausgetragen. Erst dann, wenn das Recht auf Bewegungsfreiheit und das Souveränitätsprinzip symmetrisch zu den Strukturen einer globalen Ökonomie und den Bewegungslinien einer Gesellschaft in Bewegung anerkannt ist, besteht die Möglichkeit auf Frieden.

Ein zweiter Ansatz wird sein, damit sich das Recht auf globale Bewegungsfreiheit durchsetzen kann, muss ab einem gewissen Punkt der Stellenwert der Privatsphäre eines jeden Menschen zur Debatte gestellt werden. Die Entwicklung der Privatsphäre ist mit dem Beginn des digitalen Zeitalters im Umbruch, und ich würde behaupten, sie ist im Niedergang. Kritiker sagen, dem privaten Raum werde heute keine Beachtung mehr geschenkt. Was vielleicht auch bedeuten würde, dass wir ihn neu definieren können und müssen, ihm also eine neue Wertebasis in einem neuen Zusammenhang zuschreiben sollten.

Eine Möglichkeit wäre zu sagen, Privates öffentlich zu machen bedeutet, im digitalen Zeitalter im Zusammenhang mit einer linearen Staatsbürgerschaft einen untereinander gleichen Souverän zu schaffen. Das hieße, mich als

Menschen gegenüber den anderen Menschen zu zeigen. Meine These ist: Der, der sich bewegt und dann nichts bewahren muss und nichts besitzt, ist dann der neue freie Souverän und ohne Zwänge gegenüber globalen ökonomischen Einflüssen. In diesem Zustand wird dem *nackten Leben* souveräne Macht zugesprochen und ist frei wählbar. Zwar bin ich dann dem anderen völlig ausgesetzt und verwundbar, aber ich gebe mich als *Mensch zu erkennen und nicht als Wolf*.

## **10. Konzept einer linearen Staatsbürgerschaft**

Deutschland war noch im Jahre 1891 in fünf verschiedene Zeitzonen eingeteilt. Es konnte vorkommen, dass die Uhrzeit an einem Ort eine andere war als im Nachbarort. Das bedeutete, man konnte an zwei verschiedenen Orten zur gleichen Uhrzeit mit dem gleichen Tempo loslaufen, am Zielpunkt jedoch zu komplett unterschiedlichen Zeitpunkten ankommen. Dieses Problem wurde mit einer Zunahme des Personen- und Warenverkehrs über große Distanzen hinweg immer größer. Mit der Etablierung der Eisenbahn und ihrer nationalen Fahrpläne wurde zuerst auf nationaler Ebene die Standardisierung einer gleichen staatlichen Uhrzeit eingeführt. Das Problem, das jedoch weiterhin bestand, war die unterschiedliche Uhrzeit in verschiedenen Ländern. Die Vereinheitlichung der Zeit war letztendlich ökonomisch motiviert, um die Fläche und Größe der Handelsbeziehungen zu organisieren und weiter voranzutreiben und die geografischen Karten zu vervollständigen. Erst im Jahre 1912 wurde auf einer internationalen Zeitkonferenz in Paris die Einführung einer global gültigen Uhrzeit beschlossen, das heißt: einer globalen, linearen Gleichzeitigkeit.

Zu Beginn des 19. Jahrhunderts hat Henry Poincaré, ein französischer Physiker und Philosoph, sich grundlegend darum bemüht, ein erdumspannendes, telegrafisch nutzbares Kabelnetz zu errichten und die Vereinheitlichung der Zeit voranzutreiben. Ebenso hat Albert Einstein mit seinem Text *Zur*

*Elektrodynamik bewegter Körper* mit der Aufhebung der absoluten Zeit mit seiner Auffassung von Gleichzeitigkeit maßgeblich dazu beigetragen, ein neues Weltverständnis in physikalischer und philosophischer Sicht zu begründen. Die Ideen dieser beiden Wissenschaftler möchte ich nun mit der *Vereinheitlichung* des Rechts auf Bewegungsfreiheit und einer neuen Form von Staatsbürgerschaft weiter vorantreiben. Etwa hundert Jahre später soll die Vereinheitlichung der Zeit auf die Gesellschaft in Bewegung oder die *souveränen Menschenuhren in Bewegung* übertragen werden.

Wenn der Nationalstaat und seine souveränen Körper sich auf ein dreidimensionales kartesisches Koordinatensystem verteilen, definiert sich die Gesellschaft der souveränen Körper je nach Zustand und Aufenthaltspunkt in diesem Koordinatensystem. Die lineare Zeit, die vierte Dimension außerhalb dieses geometrischen Raums, wird bei der Konstruktion einer linearen Zugehörigkeit, wie sie durch die Gesellschaft in Bewegung und einer linearen Staatsbürgerschaft vorgestellt wird, zu ihrem Fundament. Sie ist eine konstruierte Zeit und wird auch lineare Zeit genannt. Lineare Zeit kann Räume in Bewegung und die souveränen Körper, die sich bewegen, in einer genauen Zeitangabe fassen.

Dadurch werden die freie Positionierung der Souveräne zu verschiedenen Zeitpunkten festgestellt. In einem radikalen Schritt wird die lineare Zeit zu einem Parameter, der diese oder jene frei wählbare Position der Souveräne auf der Erde zu verschiedenen Zeitpunkten darstellt. Jeder Souverän befindet sich dann zu einem bestimmten Zeitpunkt auf einem Längen- und Breitengrad in dem Koordinatensystem der Erde. Zu jedem dieser Zeitpunkte macht er einen Teil einer Gesellschaft aus, die mit staatlichen Mitteln organisiert wird.

Die Trennung der linearen Zeit vom geografischen Raum ermöglicht es, den Zustand eines abstrakten Raumes und die Position der Souveräne auf verschiedenen Ebenen darzustellen und zu organisieren. Der Zustand solcher Räume, die Tätigkeit und das Geschehen innerhalb dieser lassen sich zu einem bestimmten Zeitpunkt festhalten: in einem *Jetzt*, das für alle gemein und gleichzeitig für jeden individuell ist und als Ausgangspunkt für die Organisation einer temporären Gesellschaft gilt. Die Position eines Souveräns innerhalb

eines Raums kann durch die Verknüpfung mit einer Zeitangabe nachvollziehbar gemacht werden, aber nicht vorhersagbar. Jeder Schritt der Souveräne läuft synchron zur linearen Zeit. So wird es möglich sein, Menschen innerhalb eines „offenen“ Rahmens zu organisieren. Der Begriff der linearen Zeit ist für alle gleichwertig. Gleichzeitig hat jeder seine eigene individuelle *Zeit*. Als Darstellung von Bewegung im Raum wird also die Zeit zu einer Konstanten, die in unserer direkten Umwelt unabhängig von der Bewegung und Zuständen von Räumen ist, wie diese Räume bespielt werden und unabhängig davon, wie die souveränen Körper sich in ihnen darstellen. Die Souveräne können in dieser Darstellung gleichzeitig und parallel ihre Position verändern. Hier betrachten wir die Form des Zeitmessens als raumunabhängig.

Eine Staatsbürgerschaft der Zeit bedeutet, die Position der Gesellschaft in Bewegung und ihre Souveräne innerhalb eines festen Koordinatensystems in einen provisorischen Rahmen zu setzen, innerhalb dessen gleichzeitig ‚eine‘ für alle offene Zusammensetzung einer Gesellschaft, zu einer bestimmten Zeit, organisiert werden kann. Eine lineare Staatsbürgerschaft definiert sich aus der Position eines Souveräns im Koordinatensystem zu einem bestimmten Zeitpunkt mit anderen Souveränen.

Zu Beginn der Uhrensynchronisation wurde man sich bewusst, dass Menschen und Güter derart in Bewegung sind, dass sie anders organisiert werden mussten. Doch wurde im Zuge dessen nicht bedacht, auch die Beziehungen von Nationen, Gesellschaften und Territorien neu zu organisieren. Zwar berücksichtigte die Uhrensynchronisation die Organisation der Warenverteilung, aber nicht die Organisation der Menschen, die diese Waren verteilen. Das Warenverteilungssystem und die Vergabe einer Staatsbürgerschaft waren in der Zeit des Industriezeitalters so weit ausreichend, dass eine Gesellschaft damit zurechtkommen musste, innerhalb der Fabriken Waren in einem Verfahren der Wertsteigerung am Fließband zu produzieren. Die Arbeiter im Fordismus waren in umfassender Weise an die Fabrik gebunden, an einen Ort, an ein Territorium und, so gesehen, an eine



Staatsbürgerschaft. Heute befinden wir uns in einem Zeitalter, in dem die Bewegung der Menschen zu einem Grundprinzip in allem erhoben wird. Im Postfordismus wird der Mensch selbst Teil eines globalen Warensystems. Wer eine hohe Wertigkeit anstrebt, klammert sich nicht an einen Beruf, eine Qualifikation, sondern ist anpassungsfähig und polyvalent, mobil, spontan und virtuos. Wissen, Informationen und sprachliche Kommunikation sind in diesem Fall Teil eines grundlegenden „Wert“-Aspekts geworden. In diesem Sinne begibt man sich auf die Suche, die Bewegung der Menschen, über nationalstaatliche Grenzen hinweg, in einer Form von Staatsbürgerschaft anzupassen, einer Vorstellung von Gleichheit aller Menschen. Der fortschrittliche Geist der Vereinheitlichung der Uhrzeit soll hier als Beispiel dienen. Jeder wird dann als Souverän für das Erstellen seiner Karten selbst verantwortlich. Jeder steckt seine Punkte selbst ab, definiert sein Lebensumfeld, seine Küsten und Berge. Der Weg des Souveräns von Anfang bis Ende wird zu einer neuen Idee einer individuellen Lebenskarte. Sich innerhalb dieser Regionen einzurichten, die an unseren Lebensweg angrenzen, sind Teil dieser Vorstellung.

Ziel dieses Gedankenexperiments wäre eine persönliche Zeit- oder Fahrkarte, die ein System der Zugehörigkeit auf Bewegung im Raum und der Zeit gleich verteilt und im selben Moment darstellt. Das würde bedeuten, dass Bewegung so weit führt, dass sich niemand mehr einer Nation oder einem Volk angehörig fühlt, sondern eher als Kind der Zeit und seiner Lebenszeit die Bewegung in Anspruch nimmt. Jeder Souverän identifiziert sich während seines Lebens mit der Zeit, die er in Bewegung ist, mit der Bewegung *zwischen* Orten und Situationen, an denen er teilnimmt. Staatsbürgerschaft wird hier als Lebensweg innerhalb einer Lebensspanne gesehen. Diese Souveräne bewegen sich in der Zeit, legen Wege zurück und lassen damit Lebensweg und Lebenszeit verstreichen. Lebenswege und Lebenszeit werden dann in Zukunft eine Staatsbürgerschaft ausmachen.

Lineare Staatsbürgerschaft ist das Hin- und Herreisen zwischen Orten, die in reine Bewegung übergehen. Nicht mehr Herkunftsort und Zielort sind Teil einer Organisationspolitik, sondern nur noch die Koordinaten der Bewegung an sich.

Eine Fahrt schließt sich reibungslos der nächsten an, wobei Herkunftsort und Zielort im Gegensatz zum Aufenthaltsort an Bedeutung verlieren. Die lineare Staatsbürgerschaft transformiert sich hierbei in ein Zug- oder Flugticket, in einen Führerschein oder eine Monatskarte für öffentliche Verkehrsmittel – in ein Dokument der Bewegung.

Diese lineare Staatsbürgerschaft wird dann fern von Besonderheit, Identitäten, Individuen nicht auf universellen Gesetzen oder auf voraussagbaren ökonomischen Bedingungen und Bewegungen beruhen. Die Staatsbürgerschaft der linearen Zeit, die uns allen gehört und vor der alle gleich sind, ist ein allgegenwärtiges Abkommen; eine Fahrkarte, die uns allen eine Zeitreise auf Lebensdauer in alle Richtungen ermöglicht und keine Rassen und Klassen oder nationalen Vorurteile oder Vorteile als Basis benötigt.

Hierbei muss festgehalten werden, dass eine lineare Staatsbürgerschaft eine synchrone Gleichzeitigkeit aller Subjekte als Souverän bedeutet. Sie beinhaltet keine vertikale Machthierarchie, sondern lineare dezentrale souveräne „Lebenszeitfelder“, die parallel zu anderen existieren. Die Souveränität zeigt sich dann in der Unwissenheit der Institutionen über vergangene Aufenthaltsorte und einem offenen Ausgang zukünftiger Bewegungen und der freien Entscheidung über den Aufenthalt. Die Souveräne können in diesem Kontext ihr eigenes Lebenszeitfeld organisieren, in dem sie sich in jeder Sekunde aufhalten. Dies sei aber nicht auf die Vergangenheit oder Zukunft gerichtet, sondern auf den Moment und den Ort, an dem sie sich *jetzt* befinden. Es wird ein individuelles Zeiterritorium der Gegenwart geschaffen, das eine Fülle an einzigartigen Handlungsräumen eröffnet, rechtlich abgesichert in jedem Moment zu leben in einer fortschreitenden Unbestimmtheit zukünftigen Handelns. Diese neuen Souveräne befinden sich grundsätzlich zwischen den Orten. Sie haben nie einen Heimatort verlassen, und sie werden nie an einen Heimatort zurückkehren. Lineare Staatsbürgerschaft bedeutet maximale Bewegungsfreiheit – fernab von Modellen des Ausschlusses oder des Einschlusses. Zwar werden sich temporäre

Aufenthaltsorte erkennen lassen, doch beinhaltet dies die freie Entscheidung über meine Bewegung über nationale Interessen und nationale Souveränität hinweg.

Unter diesen Umständen darf der lineare Organisationsrahmen sich nicht als feste zentrale Machtinstitution verstehen, sondern als Partner, der die Gesellschaft in Bewegung organisiert, statt sie durch nationale Staatsbürgerschaft, im Eigeninteresse, einzuschließen oder auszuschließen.

Will man das Problem der Staatsbürgerschaft lösen, muss der Begriff des „Volkes“ für alle geöffnet, die Zusammenführung von Volk und Nation aufgehoben sowie alle Nationalisierungsprozesse gestoppt werden. Der Begriff der „Souveränität“ selbst muss also als Begriff gedacht werden, der ständig in Bewegung ist. Ein Begriff, der sich an immer neuen Zuständen von Gesellschaften orientiert und innerhalb dieser stets kritisch auf die grundlegenden politischen Handlungsmuster von Menschen in einer Gesellschaft eingeht und sie als Ausgang für konstante politische Innovation heranzieht.

Die Aufgabe des Staates ist dann, genau die Menschen zu organisieren und mit Rechten auszustatten, die gerade, zu ebendiesem Zeitpunkt, innerhalb seines Territoriums leben, egal, woher sie kommen, welches Geschlecht oder welche Hautfarbe sie haben. Die Bewegung der Menschen wird hier zum Prinzip erhoben. Dieses Grundprinzip der Menschheit anzuerkennen, führt zu einer Revolution der Staatsbürgerschaft auf allen Ebenen.

Das bedeutet, dass wir dann nicht mehr *eine* Staatsbürgerschaft und Rechte auf Zeit besitzen (also solange wir uns in unserem nationalen Staatsgebiet aufhalten), sondern dass wir Staatsbürger der linearen Zeit sind, also zu jeder Zeit und an jedem Ort die gleichen modernen Rechte besitzen. Unsere Raumzeit ist dann unser Territorium und die Zugehörigkeit zu diesem Territorium sichert unsere Rechtsgleichheit.

## **11. Das Unschärfeprinzip als Gesellschaftsmodell**

Um diese beiden Ansätze als Standard einer neuen Staatsbürgerschaft zu definieren, beginne ich mit einem Gedankenexperiment und verwerfe die Idee einer Nation als Souverän. In diesem Experiment übertrage ich alles staatliche Handeln in eine abstrakte Raumzeit ohne nationale Ansprüche auf Souveränität. In der Natur des freien Menschen liegt es, sich unmerklich bis hin mit großer Geschwindigkeit zu bewegen. Ich gehe davon aus, dass das eine Extremum wie das andere verschiedene Rechte kataloge erfordert, auf die ich dann zurückgreifen muss. Diese Kataloge müssen dann in unserer Umwelt gleich sein und gleich bestehen können. Dies anzuerkennen, ist der Ausgangspunkt für die Konzeption einer neuen Staatsbürgerschaft.

Historisch gesehen, galten alle Rechte ausschließlich für Sesshafte oder für Staatsbürger in kleinem räumlichem Rahmen oder nationalen Territorien. Jetzt müssen diese Rechte auch auf die Gesellschaft in Bewegung ausgeweitet werden. Die Menschenrechte und speziell das Recht, sich frei bewegen zu können, muss überall und gleichzeitig gelten.

Alle Flaggen, Grenzen, nationalen Geschichten, nationale Charaktereigenschaften, Mythen, Helden und Verlierer, Pässe und Ausweise, Sprache und kulturelle Highlights, die einen Nationalstaat scheinbar ausmachen, blende ich für die nächsten Zeilen aus und eröffne somit einen neuen Raum an Möglichkeiten. Diesem Raum möchte ich keinen Namen geben oder irgendwelche besonderen Eigenschaften einschreiben und somit andere ausschließen und unterdrücken, die auf diese Eigenschaften nicht eingehen können. Dieser Raum ist frei von jeglicher Ideologie oder Religion, dafür ist er vorurteilslos und amorph, so dass sich nichts auf ihm hält.

Ich möchte nur diese einzige und alte Idee verfolgen, die besagt, dass jeder frei und gleich geborgen wird, frei und gleich geboren ohne Deutschland oder Europa oder Westen oder Osten als Etikett. Es sollte möglich sein, diese ganzen nationalen Etikette für einen Moment auszublenden, um sich eine Welt ohne diese vorzustellen. In diesem abstrakten Raum passiert nun die gesamte Organisation von Gesellschaften.

Diese Situation bietet mir dann die Möglichkeit, dem eng gefassten nationalen Raum seine territorialen und nationalen Grenzen zu nehmen. Hierfür entziehe ich dem Nationalstaat die Idee der Nation und der nationalstaatlichen Souveränität. Dieser Raum, der dann in diesem Gedankenmodell entsteht, ist dann ohne hierarchische Struktur und ohne geschlossene Form nach außen. Jeder Mensch kann Teil dieses Raumes werden. Dieser Raum unterliegt in seiner Zusammensetzung nur der ablaufenden Zeit, in der sich seine Zusammensetzung verändert.

Das zentral und hierarchisch ausgerichtete Machtgefüge eines Staates, das auf das horizontal ausgelegte Territorium des Staates beschränkt ist, zerfällt in diesem Experiment in die Längen- und Breitengrade, die unsere Erde umspannen. Die Koordinaten, welche die Gesellschaft in Bewegung in diesem Organisationsnetz dieser Räume darstellen, verschieben sich jetzt ständig. Die Idee der Nation zerfällt in jeden Einzelnen und in viele individuelle Einzelnationen, die alle für sich Souveränität beanspruchen, aber zu jedem Zeitpunkt anders *miteinander* zusammengesetzt sind. Das neue Modell einer Staatsbürgerschaft sieht dann so aus, dass es allen Menschen die Möglichkeit bietet, sich nach ihren Bedürfnissen und ohne Einschränkung zu bewegen. Sie befinden sich in diesem Experiment in einem Koordinatennetz aus Organisationsgebieten, die alle mit den gleichen modernen Rechten ausgestattet sind. Die Erscheinung dieser Organisationsgebiete können die alte Form der Nationalstaaten als Ausgangspunkt neuer Organisationsräume haben.

Solange sich Menschen innerhalb nationaler Räume bewegen, ist ein Pass oder ein Ausweis, der Orts- und Staatszugehörigkeit festschreibt, ausreichend. Nationale Pässe oder Ausweise sind aber keine Legitimation zur ständigen Bewegung zwischen nationalstaatlichen Territorien oder über transnationale Zusammenschlüsse. Pässe und Ausweise legitimieren zwar den Aufenthalt innerhalb eines bestimmten Territoriums, aber nur in sehr begrenztem Maße zwischen nationalen Territorien. Sie sind keine Dokumente von Bewegung oder Partizipation an gesellschaftlichen Entscheidungen. Vielmehr kategorisieren sie Menschen nach Herkunft, Alter, Aussehen auf den ersten Blick. Ich fordere Dokumente eines solchen konstanten Übergangs, eines „Zwischen“.

Im Gegensatz zu nationalen Ausweisen sind Dokumente dieser neuen Staatsbürgerschaft und der neuen Räume geprägt durch die eigene *timeline*, die darstellt, wo ich mich gerade befinde oder was ich gerade tue. Diese zentrale Unterscheidung dessen, was Staatsbürgerschaft ausmacht, birgt ein nie dagewesenes Potential. Dieses liegt darin, dass unsere persönliche *unendliche timeline*, die lineare Zeit, die Sekunden, Minuten, Wochen und Jahre, die unsere Lebenszeit in einem oder mehreren Räumen ausmachen, in einer noch nie dagewesenen Potenz an Freiheit und Rechtssicherheit erlebbar gemacht werden können.

Alle Nationalstaaten müssen sich also auf die ständigen neuen Verschiebungen der Positionen der Souveräne innerhalb seiner Koordinaten und über diese hinweg einlassen und umformen oder sie werden scheitern. Diese sollen nicht mehr Nation sein, sondern nur noch Staat, sie sollen auch nicht mehr klassifizieren, sondern organisieren.

Die Organisation dieser Gesellschaft in Bewegung deckt sich dann mit der linearen Zeit, die diese hier oder dort verbringt, also zu einem bestimmten Zeitpunkt, für eine unvorhersehbare Zeitspanne an einem momentan willkürlich gewählten Aufenthaltsort. Ich nenne dies eine Staatsbürgerschaft der direkten Gegenwart oder eine Staatsbürgerschaft des Hier und Jetzt. Dabei spielt es keine Rolle, wo jemand herkommt oder wo jemand hingehen möchte. Diesem Recht auf freie Bewegung liegt ein virtuelles Raster zugrunde, das die Zuständigkeiten vergibt, eine freie Gesellschaft in Bewegung nach ihren Bedürfnissen zu organisieren. Ich spreche hier von einem provisorischen Rahmen eines Staatsterritoriums, über dessen hinweg sich Menschen durch ihre Bewegung willkürlich vermischen, zusammentun oder auseinander gehen können.

Genauso wie sich verschiedene Lebensabschnitte auf unterschiedliche Rechtskataloge beziehen (Rechte für Kinder, Arbeitsrechte usw.), so soll es nachvollziehbar sein, dass Menschen in Bewegung von anderen Rechten Gebrauch machen als Menschen, die nicht in Bewegung sind. Es bestehen also verschiedene Rechte auf verschiedenen Ebenen in Relation zueinander.

Ich möchte an dieser Stelle eine Art Unschärfeprinzip – wie es in der Physik beschrieben wird – in meine Überlegungen mit einbringen.<sup>19</sup> Das Unschärfeprinzip gilt im Zusammenhang zur Staatsbürgerschaft dann als Garant dafür, um Gefahren der Machtkonzentration abzuwenden. Das bedeutet, es gibt für den Staat als Organisationsträger einer Gesellschaft in Bewegung nicht die Möglichkeit herauszufinden oder festzuschreiben, wer die Gesellschaft in Bewegung ist, was ihre Identität ist oder was ihre Privatsphäre ist, aber er kann ihre Bewegung nachvollziehen. Er kann nachvollziehen, wie viele Menschen sich zu einem bestimmten Zeitpunkt auf seinem Organisationsgebiet aufhalten, wie viele weggehen oder hinzukommen. Konsequenterweise gilt dann umgekehrt, wenn er die Identität oder das Private einer Person kennt, dass er nicht wissen kann, wo sie sich befindet. Das Recht auf Privatsphäre in meinem eigenen Haus oder auf meinem eigenen Grundstück kann so gewährleistet werden. Mit dem Anerkennen dieses Prinzips tausche ich nun mein Recht auf Privatsphäre gegen mein Recht auf globale Bewegungsfreiheit ein. Ebenso steht es mir jederzeit zu, mein Recht auf globale Bewegungsfreiheit gegen das Recht auf Privatsphäre einzutauschen. Dieser Nebel an Möglichkeiten ist dann das Grundprinzip oder *Unschärfeprinzip* der Gestaltung unserer neuen Rechte als neue Souveräne. Es entsteht ein optimiertes Regelwerk, Menschen in Bewegung und Menschen in großer Geschwindigkeit wie auch Menschen in geringerer Geschwindigkeit rechtlich auszustatten und zu organisieren. Menschen in Bewegung bekommen hiermit ein globales Recht auf uneingeschränkte Bewegungsfreiheit zugestanden. Auf die gleiche Weise wird den Menschen, die nicht in Bewegung sind, ihr Recht auf Privatsphäre gestärkt. Beide Zustände sehe ich als absolut gleichwertig an.

Mit dem Entstehen der Nationen und der Staatsbürgerschaft ist vielleicht ein Grundstein gelegt worden, was Staatsbürgerschaft bedeuten kann. Meine

---

<sup>19</sup> Das Unschärfeprinzip besagt, dass zwei komplementäre Eigenschaften eines Teilchens nicht gleichzeitig bestimmbar sind. So ist entweder der Ort eines Teilchens *oder* der Impuls eines Teilchens bestimmbar. Bestimme ich den Ort eines Teilchens, ändert sich zwangsläufig auch der Impuls. Die Ortsbestimmung wirkt sich also auf den Impuls aus. Und andersrum bedeutet das, möchte ich den Impuls eines Teilchens bestimmen, bedeutet dies unweigerlich die Störung seines Ortes. Dieser physikalische Zusammenhang prägt unsere Welt im kleinsten auf eindrucksvolle Weise. Die genaue Betrachtung der Teilchen entzieht sich mit dem Unschärfeprinzip unserem direkten Blick. Siehe hierzu z. B. HEISENBERG, Werner: *Quantentheorie und Philosophie*, Reclam, Ditzingen, 1979

These ist, die Idee der Staatsbürgerschaft ist noch nicht zu Ende gedacht. Bis heute wurde nicht berücksichtigt, was für ein ungeahntes Potential diese Idee der Staatsbürgerschaft hat, wenn es um Menschenrechte, Demokratie, Freiheit oder Gleichheit geht. Ich glaube, es ist wichtig darauf aufmerksam zu machen, dass das Themengebiet Staatsbürgerschaft immer auch ein Raum für Innovation und Veränderung bietet und bieten soll. Staatsbürgerschaft ist kein für alle Zeiten festgeschriebenes Gesetz oder ein für alle Zeiten gültiger Stempel in meinem Pass, und so sollte die Idee der Staatsbürgerschaft und der Nation auch behandelt werden. Alle Lebensbereiche werden für dieses neue digitale Zeitalter optimiert und ständig weiterentwickelt. So hat die Digitalisierung fast alle unsere Lebensbereiche grundlegend verändert. Leider wurde das Thema Staatsbürgerschaft innerhalb dieser Gesellschaftsentwicklung von der Industrialisierung hin zur Digitalisierung nie berücksichtigt. Obwohl dieser Bereich unser Leben maßgeblich beeinflusst, werden hier seit Jahrzehnten keine Neuerungen oder innovative Ideen zur Debatte gestellt. Staatsbürgerschaft bleibt Staatsbürgerschaft, egal, wie die Welt sich um uns herum verändert hat – und das zum Leid vieler Generationen auf der ganzen Welt.

Folgt man dem Gedankenexperiment, die Idee der Staatsbürgerschaft an gegebene ökonomische und gesellschaftliche Zustände anzupassen (Digitalisierung), dann beinhaltet dies ein klares Organisations- und Verwaltungsprogramm für die Zukunft (z. B. Bewegungsfreiheit, Mitspracherecht auf allen Ebenen, Zugang zum Arbeitsmarkt, Arbeitsrechte usw.). Die Digitalisierung würde eine Globalisierung der Staatsbürgerschaft erst möglich machen. Dieses globale Programm erfordert ein überholtes demokratisches Werteverständnis (Grundrechte, freie Wahlen usw.), das über jedem Selbstzweck stehen muss. Das schließt die Idee der Nation und des Nationalismus mit ein. Ich gehe davon aus, dass dieses globale Programm ein gewisses Maß an Verwaltungs- und Organisationspflicht für alle zu jedem Zeitpunkt und auf jedem Punkt der Erde bedeutet. Das heißt, dass zu einem bestimmten Grad die Bewegung jedes Einzelnen an ein solches Verwaltungs- und Organisationsprinzip gekoppelt und als Mittel zur Bestimmung von



Aufenthalt eingesetzt werden muss. Das Tracking (zeitgleiches Verfolgen von bewegten Subjekten) der Gesellschaft in Bewegung wird dann Teil dieser neuen Staatsbürgerschaft sein.

Alle Grenzen zu öffnen, bedeutet, der Gesellschaft in Bewegung ihr Recht auf Bewegung zuzustehen, um gleichzeitig das Recht auf Privatsphäre im eigenen Haus durch ein rechtliches Unschärfeprinzip mehr Gewicht zu geben und zu sichern. Wie schon angesprochen, besteht dieses rechtliche Unschärfeprinzip darin keine gleichzeitige Kenntnis von Aufenthaltsort und Identität der souveränen Körper zu haben: Entweder ich weiß, *wer* der Souverän ist, aber ich weiß nicht, *wo* der Souverän sich befindet. Oder ich weiß, *wo* der Souverän ist, aber ich weiß nicht, *wer* der Souverän ist. Das Ziel ist es, den neuen Souveränen Körpern einen besonderen Freiraum an Rechten zu gewährleisten, der in der Unschärfe zwischen Aufenthaltsort und der Identität der einzelnen Souveräne liegt.

Zusammengefasst bedeutet das: Für eine neue zeitgemäße Staatsbürgerschaft muss es möglich gemacht werden, den Aufenthaltsort der „identitätslosen Souveräne“ darstellbar und organisierbar zu machen. Bewegung wird dann als zentrales Element dieser Souveräne anerkannt. Diese neue Staatsbürgerschaft bedeutet, wir dürfen nicht fragen, *wo* wir uns aufhalten und in diesem *Wo* unsere Rechte festschreiben, sondern die Zeit, die wir verbringen, und den Weg, den wir in unserem Leben gehen, bestimmt unser Recht, als Gesamtheit und Intensitäten, was dann das *Wo* vollwertig ersetzen könnte.

Die Position der Souveräne auf den Längen- und Breitengraden unserer Erde zu einem bestimmten Zeitpunkt definiert diese lineare Staatsbürgerschaft. Das bedeutet, zu wissen, dass sich jemand dort oder dort aufhält, aber nicht zu wissen, um wen es sich handelt (Herkunft, Hautfarbe, Religion, Geschlecht usw.). Tracking wird dann als neutrales Werkzeug beschrieben, das auf unbestimmte Bewegungsströme von Menschen vorbereitet und deren Lebensumstände organisieren lässt. Das bedeutet die Organisation von Menschen in einem Hier und Jetzt. Folgt man dieser Idee einer linearen

Staatsbürgerschaft, würde das bedeuten, keine vorangegangenen oder zukünftigen Positionen zu verurteilen, sondern den gegenwärtigen Aufenthalt bestmöglich in allen Facetten des täglichen Lebens (Arbeit, Transport, öffentliche Verkehrsmittel, Krankenhäuser usw.) zu organisieren. Das bedeutet, amorphe Lebensräume zu organisieren, die sich den Anforderungen einer Gesellschaft in Bewegung anpassen, d. h., die selbst in Bewegung sind und keine feste Struktur haben.

Die Bewegung von Menschen über nationale Grenzen hinweg fordert den Nationalstaat heute mehr denn je dazu auf, den Menschen anhand seiner persönlichen Merkmale zu entschlüsseln und diese zu dokumentieren. Je größer die Mobilität von Menschen innerhalb und über Nationalstaaten hinweg ist, desto mehr scheinen staatliche Identifikations- und Kontrollmechanismen gefordert zu sein. Diese Identifikations- und Kontrollmechanismen verschieben sich mit einer erhöhten Mobilität der Menschen zu einer genaueren Identifizierung von Personen.

Tracking bedeutet, aus der Sicht des Staates die Gewissheit zu haben, wer sich zu einem bestimmten Zeitpunkt auf dem Staatsgebiet aufhält. Das bedeutet, der Staat hat das *gleichzeitige* Wissen davon, *wer* sich auf dem Staatsterritorium und *wo* sich diese Person auf diesem Staatsterritorium aufhält. Dieses Privileg muss gebrochen werden. Diese Macht möchte ich in Zukunft keinem einzigen Souverän, *einer* Institution oder *einem* Staat, zugestehen.

Über Staatsbürgerschaft und grenzenlose Migration zu sprechen, bedeutet, das allgemeine Bewusstsein, wie Demokratie, Freiheit und Gleichheit heute verstanden werden sollten und in welchen Sphären sie stattfinden können, zu untersuchen und neue Wege vorzustellen. Es muss klar werden, dass ein Ausstieg aus traditionellen, institutionellen, nationalen, demokratischen Strukturen nicht auch einen Verlust der demokratischen Handlungsfähigkeit des Einzelnen bedeutet, wenn es zum Beispiel um politische Forderungen, Rechte und Lebenssicherheit geht. Es muss deutlich gemacht werden, dass Demokratie viel mehr sein kann als das, was wir in einem nationalstaatlichen

Zusammenhang kennengelernt haben. Es ist dringend an der Zeit, dass die Gesellschaft in Bewegung sich der gleichen digitalen Werkzeuge bedient, wie es die globale Ökonomie schon seit langem macht. Es ist an der Zeit, dass wir als Gesellschaft uns unsere Macht gegenüber den globalen Unternehmen zurückholen – wenn es sein muss mit den gleichen Mitteln. Das beginnt mit dem Verzicht auf eine nationale Staatsbürgerschaft und der Vorstellung eines starken Nationalstaates. Die Vorstellung, dass geschlossene Grenzen und der Bau von Mauern der digitalen Globalisierung der Ökonomie etwas entgegensetzen könnten, ist leider noch nicht in allen Köpfen angekommen. Dem Prinzip dieses digitalen Zeitalters, in dem sich die Menschheit befindet, wird sich aber letztendlich keiner entziehen können. Der Status der Nationalstaaten begann schon vor Jahrzehnten zu schwanken. Gehen wir in einem neuen Zeitalter also auch von einer neuen Staatsbürgerschaft aus. Wir müssen uns darüber klar sein, dass diese letzte Bastion des vorangegangenen industriellen Zeitalters ebenfalls fallen wird.

## **12. Literaturverzeichnis:**

BODIN, Jean: *Über den Staat*, Reclam, Stuttgart 2005

DIETRICH, Frank (Hg.): *Ethik der Migration*, Suhrkamp, Frankfurt a. M. 2017

GRIMM, Dieter: *Souveränität – Herkunft und Zukunft eines Schlüsselbegriffs*, Berlin University Press, Berlin 2009

HEISENBERG, Werner: *Quantentheorie und Philosophie*, Reclam, Ditzingen, 1979

HOBBS, Thomas: *Leviathan*, Reclam, Stuttgart 1970

HOLERT, Tom und TERKESSIDIS, Mark: *Fliehkraft*, Kiepenheuer & Witsch, Köln 2006

MILLER, David: *Fremde in unserer Mitte*, Suhrkamp, Frankfurt a. M. 2017

MÜNKER, Stefan und ROESLER, Alexander (Hg.): *Mythos Internet*, Suhrkamp, Frankfurt a. M. 1997

### **Web:**

CARENS, Joseph H.: *Aliens and Citizens: The Case of Open Borders*,  
<http://philosophyfaculty.ucsd.edu/faculty/rarneson/phil267fa12/aliens%20and%20citizens.pdf>, gesehen am 2.6.2018

HOLERT, Tom: *Territorien der Mobilität und das transnationale Netzwerk der Migranten*, 2006  
<http://www.einseitig.info/html/content.php?txtid=503>, gesehen am 23.06.2018